Einzelnummer 15 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg

Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17 Fernsprecher 6802 Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Verlag und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27 Fernsprecher 5407 Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 13 | Bezugspreis: Monatlich 2.25 Mk. frei Haus. Bei Abholung 2.00 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig. | Halle, Freitag, den 16. Januar 1920 | Anzeigenpreis: Die 5 gespaltene Millimeter-Zeile 30 Pfennig, im Reklameteil Millimeter-Zeile 80 Pfennig. – Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 9 Uhr. – | 4. Jahrgang

Deutschlands wirtschaftliche Einkreisung.

M. P. Das von der Pariser Wirtschaftskonferenz 1916 aufgestellte Programm der gänzlichen Ausschließung Deutschlands vom Weltmarkte hat sich bis zu seinen äußersten Konsequenzen nicht durchführen lassen, vielmehr Erscheinungen gezeitigt, die den Staatsmännern und wirtschaftlichen Vorkämpfern der Entente lehren, daß die ökonomischen Gesetze stärker sind, als ausgetüftelte Programmsätze. Schon der Tiefstand der deutschen Mark mit der Wirkung einer Exportprämie durchkreuzte die Pläne der Pariser Konferenzler. Die während des Krieges durchgeführte Absperrung Deutschlands zeitigte außerdem ganz andere Wirkungen, als jene voraussetzten. Insbesondere glaubte man in England durch Aneignung von Mustern der deutschen Industrie und Abgucken ihrer technischen Methoden ein für allemal ihre Ausschaltung bewirkt zu haben. Wie wenig das der Fall war, beweist die zunehmende Einfuhrziffer deutscher Waren in den letzten Monaten. In der Spielwarenindustrie, in der Deutschland fast ein Welthandelsmonopol vor dem Kriege besaß — von der Jahresproduktion von 140 Millionen Mark gingen zirka 110 Millionen ins Ausland —, steigen die Einfuhrziffern in England von Monat zu Monat, trotzdem die Regierung sich seit 1914 die größte Mühe gab, diesen Industriezweig in England unabhängig von allen anderen Ländern zu gestalten. Infolge dieser Bemühungen bestanden im November 1919 über 1100 meist künstlich entwickelte Spielwarenfabriken in England, eine auf jeden Fall bewundernswerte Leistung, da 1914 weder Arbeiter noch Muster, noch geeignete Werkzeuge und Maschinen vorhanden waren. Aber diese staatlich gezüchtete Industrie verlangt jetzt stürmisch ein Einfuhrverbot aller Spielwaren für die nächsten drei Jahre, andernfalls sie droht, die Fabriken stillzulegen. An diesem Zustande tragen aber, und das gibt der Sache ihre Bedeutung, die bösen Deutschen keine Schuld. Die Ursache des Geschreies nach staatlichem Schutz ist bei den ehemaligen Verbündeten und den Neutralen zu suchen; sie alle haben in gleicher Weise ihre industrielle Entwicklung gefördert, weil jedes Land glaubte, auf dem Weltmarkte wenigstens einen Teil

der Erbschaft des toten Deutschlands

antreten zu können. Amerika, Japan, Frankreich, Italien, Holland, die Schweiz und selbst Spanien, sie alle erscheinen jetzt mit ihren Industrie-Erzeugnissen auf dem Markte und bedrohen sich gegenseitig, vor allem aber Englands Vormachtstellung. Die einen, wie Japan, sind ausgerüstet mit ihren um die Hälfte bis Zweidritteilen niedrigeren Löhnen, die andern mit einem höheren Stand der Technik und des Materials, wie Amerika, oder mit günstigeren Transportkosten.

Aus dieser Situation erklärt sich das Einbringen einer so unaehenerlichen Gesetzesvorlage, wie die Anti-Dumping-Bill es für England bedeutet. Sie legt in die Hände eines Komitees — Trade Regulation-Comitee — die Macht, die Einfuhr aller Waren zu verbieten, die zu niedrigeren Preisen als den Verkaufspreisen im Herstellungslande angeboten werden. Außerdem aber kann auch die Einfuhr solcher Waren verboten werden, die infolge des Rückganges des ausländischen Wechselkurses eine unangemessene Konkurrenz der einheimischen Industrien darbieten. Das ist in versteckter Form der nackte Protektionismus des einst freihändlerischen Englands, er ist schlimmer als ein offenes Schutzzollsystem, weil statt tarifischer Bindung hier die Entscheidung durch eine Behörde tritt. Diese Maßnahme richtet sich nicht ausschließlich gegen Deutschland, sondern ebensosehr gegen Amerika und Japan. Damit offenbart sich nach dem Ausscheiden Deutschlands als wesentlichen Konkurrenten auf dem Weltmarkte, daß sich eine andere Gruppierung der maßgebenden Faktoren vorbereitet.

Angesichts dieser Tatsache ist es von größter Wichtigkeit, in welcher Weise die von der Reichsregierung geplante Ausfuhrkontrolle vor sich geht. Das Organ des Handelsvertragsvereins „Deutscher Außenhandel" hat den früher eingenommenen absoluten Freihandelsstandpunkt in der Erkenntnis seiner Unhaltbarkeit aufgegeben und verlangt nun berechtigterweise, daß keine rein bureaukratische Organisation über die Gestaltung des deutschen Außenhandels entscheidet. Weniger als irgendein anderer Zweig des Wirtschaftslebens verträgt in der Tat der auf persönlichen Verbindungen und Kenntnissen des Auslandes aufgebaute Außenhandel eine Beamtenwirtschaft.

Die Entwicklung der deutschen Warenausfuhr

wird auf jeden Fall wesentlich dadurch beeinflußt, daß die Einkreisung Deutschlands eine gänzlich veränderte Wirtschaftslage der Einkreisenden hervorgerufen hat. Sie stehen sich schon heute als wirtschaftliche Feinde gegenüber. Auf dem beschrittenen Wege der Industrialisierung von Ländern, die früher an zweiter, dritter oder gar letzter Stelle der Weltmarktfaktoren standen, gibt es kein Zurück mehr. So vollzieht sich eine ökonomische Weltrevolution gemäß den der kapitalistischen Wirtschaft innewohnenden Ausweitungstendenzen. Ihre Wirkungen werden wahrscheinlich viel eher sichtbar werden, als die auf chiliastischen Ideen beruhenden Verheißungen der Weltrevolution von unten. Denn durch das Verschwinden der Reserveländer für den Warenabsatz hat sich der Kreis der Konkurrenten im Kampfe um den Weltmarkt in bedeutendem Maße erweitert. Der Expansionsdrang der kapitalistischen Wirtschaft findet nun seine Grenzen. Im Innern aber offenbaren sich die veränderten Verhältnisse in Krisen, Abwehrmaßregeln durch Schutzzölle und in Versuchen

den Lohn der Arbeiter zu drücken

— alles Dinge, die den Klassenkampf und das sozialistische Bewußtsein der Arbeiter fördern und stärken. Die Einkreisung Deutschlands, diese Lieblingsidee des westlichen Kapitalismus, unterhöhlt seine Grundlagen und zertrümmert die politische Freundschaft wie die Phantasien eines Völkerbundes. Dagegen aber werden dem Sozialismus immer neue Kämpferscharen zugeführt.

Der Wiederaufbau Frankreichs. Laut „Berl. Tageblatt" wird der Minister für Wiederaufbau Loucheur in den nächsten Tagen sich auf Einladung Loucheurs nach Paris begeben, um eine grundsätzliche Verständigung in einer Reihe von Vorfragen für den Wiederaufbau Frankreichs herbeizuführen.

Auch Amerika wird ratifizieren.

Haag, 15. Januar. Der „Nieuwe Courant" meldet aus New York: Der gutunterrichtete Washingtoner Korrespondent der „New York World" meldet, daß Präsident Wilson Ausgleichsvorbehalte zum Friedensvertrag nicht ablehnen werde. Die Aussichten für die Ratifikation seien daher gut.

Die erste Sitzung des Völkerbundsrates.

WTB. Paris, 15. Januar. In der morgigen ersten Sitzung des Völkerbundsrates werden für Frankreich Leon Bourgeois, für Großbritannien Lord Curzon, Griechenland Venizelos, Belgien Hymans sprechen. Von den neutralen Staaten haben ihren Beitritt zum Völkerbund erklärt: Spanien, Schweden und Dänemark. Die Zustimmung Norwegens ist ebenfalls sicher; jedenfalls ist eine entsprechende Mitteilung wegen Leitungsstörungen noch nicht in Paris eingetroffen.

Getreide aus Kanada nach Europa.

Carnarvon, 15. Januar. WTB. Funkspruch. Die britische Reichsregierung hat Kanada gestattet, an der Unterstützung Europas mitzuwirken. Es ist bereits vereinbart worden, daß Kanada Weizen nach Europa senden und einen Anteil an dem Kredit, den Oesterreich erhält, um Lebensmittel zu kaufen, übernehmen wird.

Die trostlose Lage Wiens.

Wien, 15. Januar. Die Lage der Stadt Wien ist infolge des Ausbleibens der Kohlen geradezu trostlos. Der Staatssekretär für Handel und Industrie erklärte, es seien keine Mittel vorhanden, daß Kohlenzuschüsse erfolgten. Auch sei zu befürchten, daß der Bahnverkehr eingestellt werden muß.

Kein Generalstreik in Frankreich.

WTB. Paris, 15. Januar. Die Generalversammlung der Confédération Générale du Travail hat gestern mit 110 gegen 22 Stimmen einen Antrag der Extremisten auf Erklärung des Generalstreiks abgelehnt.

Rückgang der Eisenbahner-Streikbewegung.

Berlin, 16. Januar. Die Streikbewegung unter den Eisenbahnern geht weiter zurück. Im Ruhrrevier sind die Linksradikalen am Werke, die Arbeiter abermals aufzuwiegeln.

Frankfurt a. M., 15. Januar. Die Eisenbahner in Frankfurt, soweit sie im Deutschen Eisenbahnerverband organisiert sind, sprachen sich in einer Vertrauensmänner-Versammlung gegen einen Streik als zurzeit nutzwecklos aus. Sie wollen dagegen bis zur Erfüllung ihrer Forderungen das Arbeiten nach Vorschrift in schärfster Form durchführen.

Breslau, 15. Januar. Die Abstimmung der Eisenbahner über Aufnahme der Arbeit Freitag früh unter Vorbehalt von weiteren Verhandlungen hatte kein einwandfreies Ergebnis, so daß eine nochmalige Abstimmung Freitag morgen in den Betrieben erfolgen wird. Es schien jedoch eine Mehrheit für Aufnahme der Arbeit vorhanden zu sein.

Breslau, 15. Januar. Wie die „Breslauer Ztg." erfährt, wurde am Mittwoch abend zwischen der Eisenbahndirektion Kattowitz und den ausständischen oberschlesischen Eisenbahnarbeitern eine Verständigung dahin erzielt, daß die Arbeit noch nachts wieder aufgenommen werden soll.

Essen, 15. Januar. Seit gestern früh kann der Streik der Eisenbahner im Essener Direktionsbezirk als beendet gelten. Die Arbeit wurde überall im Laufe des Tages wieder aufgenommen. Die Gewerkschaften haben die Leitung in die Hand genommen und führen die Verhandlungen zu Ende. Der Streik wird nur noch in Duisburg, Mülheim und Bochum sowie in einigen kleinen Ortschaften fortgesetzt.

Die Kriegsgefangenen und Kriegsbeschädigten an die Eisenbahner.

Berlin, 15. Januar. WTB. Der „Reichsbund" der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen erläßt einen Aufruf an die Eisenbahner, in dem es heißt:

„Die Feinde öffnen unseren Brüdern den Weg in die Heimat; die eigenen Volksgenossen aber versperren ihn wieder, indem sie sich weigern, die Züge zu fahren, die sie in die Heimat führen sollen. Ihr ladet unbeschreiblichen und unaussprechlichen Volksjammer auf Euer Haupt, wenn Ihr jetzt durch Eisenbahnstreik verhindert, daß unsere Brüder zurückkehren können. Ihr erwerbt Euch die Sympathie und Dankbarkeit des ganzen Volkes, wenn Ihr jetzt noch arbeitet, damit die Heimkehrer bald wieder bei uns sind. Eisenbahner! Besinnt Euch! Zeigt, daß Ihr hochherzig und menschlich auch in dieser Zeit zu handeln versteht. Lasset unsere Kriegsgefangenen nach Hause kommen!"

Gescheiterter Generalstreik.

In Berlin wollten die Radikalen einen 24stündigen Generalstreik gegen den Belagerungszustand in Szene setzen. Fieberhaft wurde dafür gearbeitet, mit Terror und Unterschriftsfälschungen vorgegangen und trotzdem nichts erreicht. Der Großteil der Berliner Arbeiter war nicht aus den Betrieben zu bringen. Ein bemerkenswertes Zeichen nach dem Zwischenfall vor dem Reichstag, für dessen Ausgang die Radikalinskis die alleinige Schuld tragen.

Essen (Ruhr), 15. Januar. WTB. Der Versuch der Kommunisten, zur Durchführung ihrer politischen Forderungen und der Einführung der Sechsstundenschicht einen allgemeinen Bergarbeiterausstand hervorzurufen, ist vorläufig als vollkommen gescheitert zu betrachten. Im Hamborner Wetterwinkel geht die Zahl der Streikenden immer weiter zurück.

Das Erwachen.

So gewiß es ist, daß am letzten Dienstag ein verbrecherischer Anschlag gegen die Nationalversammlung unternommen worden ist, der gerade noch im allerletzten Augenblick unter unvermeidlichen Opfern vereitelt wurde, so darf man doch auch als feststehend betrachten, daß dieses Verbrechen nicht von der ganzen unabhängigen und der ganzen kommunistischen Partei gewollt wurde. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die tragischen Ereignisse des 13. Januar einen breiten Keil in diese Parteien hineingetrieben haben, und zwar nicht nur zwischen die Führer, sondern auch in die Anhängerschaft selbst. Diejenigen Führer, die noch ein gewisses Verantwortungsgefühl bewahrt haben, verdammen und verfluchen das Vorgehen der putschistischen Treiber nicht weniger, als nur irgendein Mehrheitssozialist. In den Berliner Betrieben herrscht aber wiederum die stärkste Erbitterung gegen eine Führerschaft, die ihre Anhänger unter falschen Vorspiegelungen in ein blutiges Abenteuer hineingehetzt hatte, das, wie immer es kam, nicht anders als unheilvoll enden konnte.

Das Schicksal der unabhängigen Führer, die innerlich der alten sozialistischen Tradition treu geblieben sind, ist tragisch. Was von ihnen altes Ansehen in der Arbeiterparteibewegung genießt, hat sich längst von der hoffnungslos irre geführten Partei abgewendet. Dem Beispiel Bernsteins und Kautskys sind schon viele ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200116-16/fragment/page=0001

folgt, die im engerem Kreis verdientes Vertrauen der Arbeiterschaft genossen. Andere glauben bleiben zu müssen und schweigen zu müssen, weil sie immer noch hoffen, gegen das besinnungslose Treiben der Revanchekommlinge und Wildlinge ein gewisses Gegengewicht bilden zu können. Die Lage dieser Männer ist heute geradezu verzweifelt. Sie werden vom trüben Strom fortgerissen und haben nicht die Kraft, ein festes Ufer zu erreichen.

Aehnlich geht es aber auch jenem Teil der unabhängigen und kommunistischen Arbeiter, die sich aus der Sozialdemokratie in diese neuen Gruppierungen hineinverirrt haben. Sie haben am Dienstag in Berlin erlebt, wie schmählich sie von ihrer neuen Führerschaft in Stich gelassen wurden. Wenn es in alten Zeiten Demonstrationen gab, für das gleiche Wahlrecht, gegen das heute von Unabhängigen und kommunistischen Narren gewählt wird — dann galt es als eine selbstverständliche Ehrenpflicht der Abgeordneten und der Parteifunktionäre, sich daran zu beteiligen. Es wurde ein genauer Plan aufgestellt, es wurden Ordner bestimmt, die allen Ausschreitungen entgegen zu treten hatten, es wurde eine Stunde festgesetzt, in der sich der Abmarsch der Massen planmäßig zu vollziehen hatte. So gelangen jene prachtvolle Kundgebungen, deren Disziplin von aller Welt bewundert wurde und die kein Verbrechen befleckte.

Am Dienstag saßen die unabhängigen Abgeordneten aber unter dem Schutz der Maschinengewehre im Hause und überließen die demonstrierenden Massen sich selbst. Es waren keine Ordner gestellt, es war keine Stunde für den Abmarsch bestimmt, kurz es war alles so eingerichtet, als ob man einen blutigen Zusammenstoß geradezu herbeiführen wollte. Hätte die Verteidigung des Reichstags nur wenige Minuten später eingesetzt, so wäre am Dienstag im Sitzungssaal der Nationalversammlung eine Diktatur etabliert worden, aber keine Diktatur des Proletariat oder der Räte, sondern eine Diktatur der Zuhälter von Berlin, die sich der führerlosen Bewegung bemächtigt hatten. Wenn von unabhängiger Seite behauptet wird, die Massen hätten sich tadellos verhalten, so liegt darin ein gutes Stück Wahrheit. Die Arbeiter, die sich von den Drahtziehern zum Reichstag hatten dirigieren lassen, wollten in ihrer überwältigenden Mehrheit zweifellos gar nichts anderes als eine friedliche Demonstration. Aber da fehlte ihnen der organisierte Wille, der das Treiben des sich zeitgemäß „revolutionär" gebärdeten Großstadtmasse im Keime hätte ersticken können. So kam alles, wie es kommen mußte. Die Erbitterung der schlecht geführten Anhängerschaft gegen ihre gewissenlosen Führer ist nur zu berechtigt, und der Wunsch, sie gegen die Regierung abzulenken, wird ohnmächtig bleiben.

Die Unabhängigen sind durch den Wahnsinnsstreich vom 13 Januar so weit auf der schiefen Ebene hinunter gerutscht, daß es kein Halten mehr gibt. In Zehntausenden von Berliner Arbeiterköpfen, die bisher von wüstem Pressenrausch benebelt waren, beginnt wieder die praktische Einsicht zu dämmern, daß die Zukunft der Arbeiterbewegung und des Sozialismus allein in die Hände der alten sozial demokratischen Partei gelegt ist, und daß die andern nichts tun können als verderben.

Verdienter Lohn.

Der „Vorwärts" schreibt: Auf dem Wege zur Nationalversammlung ist ein „Arbeiterverräter" von sehr würdigen Vertretern der „Arbeiterschaft" angehalten und von oben bis unten bespien worden. Dieser so gerecht abgestrafte Mann heißt Hugo Heimann. In jüngeren Jahren war er aus Idealismus in die Arbeiterbewegung eingetreten, hatte alles, seine Arbeitskraft und sein Geld, dem Kampf für den Sozialismus geopfert, er wurde der nächste Vertrauensmann von Bebel und Singer und kämpfte nach dem Tode der Freunde in ihrem Geist für ihre Ziele fort. So wurde er ein Mann mit weißen Haaren, hochangesehen bei Freund und Feind. Aber was hilft ihm das alles, er ist den alten Parteiidealen treu geblieben, er glaubt nicht dan das Heil der Rätediktatur, er ist mit einem Wort ein verruchter Sozialdemokrat und Arbeiterverräter. So können ihn all seine Verdienste um die Arbeiterbewegung und auch sein weißes Haar vor schmutzigen Mißhandlungen nicht schützen. Wahrlich, wäre am blutigen Dienstag nicht mehr passiert, die Arrangeure einer Demonstration, bei der ein solcher Zwischenfall möglich war, hätten allein schon um dessentwillen alle Ursache, stolz zu sein. Die Berliner Arbeiterbewegung speit sich in ihrem hervorragendsten, verdientesten Vertreter selber an. Es ist geradezu ein Symbol!

Unberechtigte Schadenfreude.

Unsere Nationalisten triumphieren. Jedes Mittel, und sei es auch noch so verwerflich, ist ihnen recht, wenn es nur dazu dient, das heutige verhaßte System zu erschüttern und die demokratische Regierung in Mißkredit zu bringen. So werden die blutigen Vorgänge, die sich am Dienstag vor dem Reichstag in Berlin abspielten, von der rechtsstehenden Presse mit unverhohlener Schadenfreude begrüßt. Daß durch die Ereignisse unser gerade jetzt durch Kohlenmangel, Eisenbahnarbeiterstreik, Bergarbeiterunruhen usw. schwer erschüttertes Wirtschaftsleben noch weiter bedroht und in die Gefahr völliger Auflösung gebracht wird, kicht jene Patrioten nicht an. Ihnen genügt es, wenn nur möglichst vielen Volksgenossen die augenblickliche Lage unerträglich erscheint, hoffen sie dann doch, durch eine geschickte Wahlagitation diese Unzufriedenen in ihr eigenes Lager hinüberziehen zu können. Daß ihnen dies bei einzelnen Wählern gelingen wird, dürfte unzweifelhaft sein. Es sind dies diejenigen, bei denen sich unsere Nationalisten auf ihr schlechtes Gedächtnis als besten Bundesgenossen berufen können. Denn nur dieses schlechte Gedächtnis macht es möglich, die heutigen Vorgänge auf das Schuldkonto unserer jetzigen Regierung zu setzen. Auch wir bekämpfen die Auswüchse eines übertriebenen Radikalismus, der nach unklaren russischen Mustern arbeitet, auf das schärfste; aber wir vergessen darüber keinen Augenblick, daß diese Stimmungen und Leidenschaften eine Folge der jahrzehntelangen Mißwirtschaft und Unterdrückung der breiten Volksmassen durch unsere Alldeutschen ist. Es wäre deshalb für unsere Alldeutschen weitaus geratener, wenn sie sich jetzt mit derselben Bescheidenheit in einen entlegenen Winkel zurückziehen möchten wie in den Novembertagen 1918, in denen sie solange verborgen blieben, bis sie merkten, daß es ihnen nicht an den Kragen gehe. Im übrigen sollten insbesondere die agrarischen Blätter, anstatt ihre Schadenfreude über die heutigen Zustände in hämischer Weise zu äußern, lieber dafür sorgen, daß die Großagrarier das Volk mit genügend Lebensmittel versehen, damit dieses nicht erst durch Hunger getrieben, radikalen Agitatoren in die Hände fällt.

Der Kanzler über den Friedensvertrag.

WTB. Zürich, 14. Jan. Der Reichskanzler gewährte dem Berliner Vertreter der „Neuen Züricher Zeitung" eine Unterredung. Im Verlaufe dieses Gesprächs äußerte er sich in Anschluß an die Ratifikation des Friedens wie folgt:

„Sie wissen", erklärte er dem Vertreter des Schweizer Blattes, „welche Schwierigkeiten es gekostet hat, diesen Frieden unter Dach und Fach zu bringen. Nun ist der Friede da, damit ist formell eine wichtige Etappe zurückgelegt. Welche Stellung wir als Volk und als Regierung einnehmen wollen, wird Ihnen bekannt sein. Wir sind entschlossen, den Versailler Vertrag zu halten, so schwer er ist; wir wollen keine Revanchepolitik treiben, sondern wir wollen arbeiten; wir wollen uns also bemühen, Paragraph für Paragraph des Versailler Friedens innezuhalten, und das mit voller, bewußter Loyalität. Wir erwarten aber auch, daß die Entente loyal sein und zu einer

Milderung des Versailler Friedens

bereit sein wird, sobald sich herausstellt, daß er in dieser Form nicht durchführbar ist. Denn darüber wollen wir uns klar sein, wenn der Versailler Vertrag Buchstabe von Buchstabe in dem Geiste ausgeführt wird, in dem der Waffenstillstand gehandhabt worden ist, so bedeutet er nicht den Beginn eines Friedenszustandes, sondern die Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln — die Fortsetzung des grausamen Krieges, den die Welt bisher gesehen hat. Ich vertraue, daß die Entente nach und nach einsehen und zugeben wird, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Friedensbedingungen zunächst in der Praxis und dann auch in der Form zu mildern.

Allerdings sind die Verordnungen, die gerade jetzt von der Hohen Interalliierten Rheinlandskommission erlassen werden sollen, um ihr eigenes Befugnisse und ihr Verhältnis zu den deutschen Behörden festzulegen, nicht gerade dazu angetan, diese Auffassung zu unterstützen. Tatsächlich bedeuten diese Verordnungen einen entschiedenen Rückschritt und nicht einen Fortschritt; sie lassen sich mit dem Friedensvertrag nicht vereinbaren und schaffen einen Zustand, der schlimmer ist als der bisherige, überliefern sie doch das gesamte öffentliche und private Leben der Rheinlande dem willkürlichen Ermessen der Kommission, die überall bestimmen und eingreifen kann, sobald die Sicherheit der Besatzungstruppen oder die Aufrechterhaltung der Ordnung ihrer Meinung nach gefährdet ist. Ich möchte hier nur einige Punkte herausgreifen, die Ihnen die Art, den Geist dieser Verordnungen besonders treffend illustriert. Da sind zunächst Bestimmungen über das Verhältnis der interalliierten Militärbehörden zu allen deutschen Behörden und allen Personen im besetzten Gebiet: Ihren Befehlen muß überall gehorcht werden, und wenn das nicht geschieht, so können z. B. Beamte durch Entscheidung der Hohen Kommission zeitweilig oder dauernd ihres Amtes enthoben werden. Unsere Reichsgesetze sind der Hohen Kommission vorzulegen und können von ihr sofort oder auch später außer Kraft gesetzt werden. Die Besatzungstruppen der Entente unterliegen einschließlich allen von diesen Truppen angestellten oder in ihren Diensten stehenden Personen ausschließlich den Militärgesetzen oder Gerichtsbarkeiten der Truppen. Das ist ein Freibrief für die rheinischen Hochverräter, die dadurch rückwirkend geschützt werden, daß gegen Einwohner der besetzten Gebiete ohne Ermächtigung der Hohen Kommission wegen politischer Betätigung aus der Zeit des Waffenstillstandes keine gerichtliche Verfolgung eingeleitet oder fortgesetzt und keine Strafbestimmung angewendet werden darf. Andererseits soll die Hohe Kommission befugt sein, ungeachtet gegenteiliger Bestimmungen deutscher Gesetze bei der Untersuchung irgendwelcher Angelegenheiten sich alle behördlichen und sonstigen Urkunden, deren Vorlegung für den Gang der Untersuchung für notwendig erachtet wird, ausliefern zu lassen. Das

Briefgeheimnis wird so gut wie aufgehoben.

da sich die Hohe Kommission das Recht beilegt, sich Briefe und Postsendungen jeder Art aushändigen zu lassen, sobald sie das aus irgend welchen Gründen für nötig hält. Zeitungen, Bücher, Drucksachen, Noten, Bilder und Filme können nach ihrem Ermessen verboten oder beschlagnahmt werden. Das Versammlungsrecht wird gleichfalls gänzlich von der Hohen Kommission abhängig gemacht, da dies selbst unpolitische Versammlungen von ihrer Genehmigung abhängig macht. Auf diese Weise wird das Rheinland den ganz willkürlichen Verwaltungsmaßnahmen der Hohen Kommission unterstellt, ohne daß ihm ein Appellationsmöglichkeit gewährt würde. Das erinnert an die Zustände, die im zaristischen Rußland herrschten. Und dieser Zustand soll 15 Jahre dauern. Die Entente wird selber einsehen, daß solche Milderungen eintreten lassen muß; nicht nur aus allgemeinen rechtlichen Gründen, sondern aus der ganz realpolitischen Erkenntnis heraus, daß man auf diese Weise nicht dauernde Verhältnisse schafft".

Zum Schluß der Unterredung dankte der Reichskanzler

freundliche Worte für die Gastfreundschaft,

die während des Krieges durch die Schweiz entfaltet worden sei. Er sprach davon, wie dankbar das deutsche Volk und die deutsche Regierung für den Lichtblick sei, den die warme Menschlichkeit des Schweizer Volkes in den schweren Tagen des Kampfes und des Waffenstillstandes für Deutschland bedeutet hat. Sagen Sie Ihren Landsleuten, schloß er, daß wir nie vergessen werden was Sie für uns getan haben. In der Sorge um die Kriegsgefangenen haben wir uns von Mensch zu Mensch kennen gelernt und das wird auch dazu beitragen, die wirtschaftlichen Fragen, die zwischen uns schweben, einer freundlichen und für beide Teile ersprießlichen Lösung entgegenzuführen."

Parteifanatismus.

Die bürgerliche „Frankfurter Zeitung" schreibt: Wer heute die Presse der Rechten liest, der könnte wirklich an der Zukunft unseres Volkes verzweifeln. Opposition ist das selbstverständliche Recht der Minderheitsparteien, und niemand wird es den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei verwehren wollen, daß sie von diesem Rechte ausgiebig Gebrauch machen. Aber zwei Grenzen dürfte auch eine ihrer Verantwortung bewußte Opposition nicht überschreiten: die Wahrheit — und das Gefühl für die Gemeinsamkeit, die Verbundenheit des Volksganzen. Niemals brauchte unser armes Volk dieses innere Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mehr als heute, wo es hinter sich die Katastrophe des Krieges und vor sich die fürchterliche Last des Friedensvertrages, die Not des Wiederaufbaues nach gänzlichem Zusammenbruche sieht. Aber die Presse der Rechten kennt nur wütende Verhetzung. Soll das schon Vorbereitung auf den in diesem Jahre bevorstehenden Wahlkampf sein, der nach dem Grafen Westarp „entscheidender ist, als je ein Wahlkampf gewesen ist, seit es solche in deutschen Landen gibt"? Der Ton ist viel eher so, als ob es Vorbereitung auf den Bürgerkrieg sein sollte.

Zwei Beispiele. Die „Kölnische Zeitung" veröffentlicht einen Artikel „Wirtschaftszerrüttung", der ungefähr alle Schuld an unserem Jammer der Revolution und dem neuen Regime zuschieben möchte. Charakteristisch ist folgender Satz:

Man brauchte Geld, alles mußte man es schaffen. Notenpresse und Reichsbank boten die Möglichkeit hierzu, und ein Papierstrom ohne Ende ergoß sich über Volk und Reich. Damit geriet auch unsere Finanzwirtschaft in völlige Zerrüttung. Die hatte allerdings neben den inneren noch weit schwerere äußere Sorgen! Ungeheure Verpflichtungen hatte uns der Friedensvertrag aufgeladen. Ihnen mußte entsprochen werden, und so setzte man die Steuergesetzgebung in Bewegung.

Darf ein Blatt wie die „Köln. Ztg." aus Parteifanatismus derart die Dinge auf den Kopf stellen? Daß die Notenpresse — zum größeren Teile übrigens für Ausgaben, die sich noch aus der Abwicklung des Krieges ergaben — im letzten Jahre in solchem Umfange in Anspruch genommen werden mußte, ist eine Folge der Steuerfurcht des alten Regimes, das während des Krieges nicht die notwendigen neuen Steuerquellen erschlossen hatte; daß das neue Regime dieses Versäumnis jetzt endlich nachzuholen bemüht ist, muß ihm als Verdienst angerechnet werden; daß diese Steuergesetzgebung nahezu ausschließlich zur Deckung innerer Geldbedürfnisse, eben zur Beseitigung des endlosen Papierstromes, bestimmt ist, nicht für die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage, die ja erst bevorstehen, das durfte schließlich auch bei einem Oppositionsblatt als bekannt vorausgesetzt werden. Was aber bezweckt diese Verdrehung? Verhetzung!

Zum zweiten die „Tägl. Rundschau". Der amerikanische Finanzmann Vanderlip, der, wie bekannt, als einer der ersten aus seinem Lande die gesamteuropäische Katastrophe als solche voll erkannt hatte und dafür in seiner Heimat schwere Anfeindungen auf sich nehmen mußte, hat einen Plan zur Hilfe durch eine intereuropäische Anleihe entworfen. Also etwas ähnliches wie die von uns mehrfach erörterte Völkerbundsanleihe. Was sagt dazu das alldeutsche Blatt? Es veröffentlicht einen Artikel eines Herrn Rechberg, daß Europa, wie es aus dem Friedensvertrag von Versailles hervorgegangen ist, überhaupt nicht kreditfähig sei, daß also den amerikanischen Geschäftsleuten die Grundlage für ersprießliche, langfristige Geschäfte in und mit Europa zerstört sei. Würden die Amerikaner dies dem alldeutschen Herrn ohne weiteres glauben, so müßte nun Deutschland in diesem Jahre hoffnungslos dem Untergange entgegengehen. Aber Herr Rechberg hat einen Trost: auf die Dauer würde das dann auch auf England wirken, auch England würde dann schließlich kreditunwürdig werden!

Das sind, aus den Zeitungen eines Tages, zwei Beispiele sachlicher Verantwortungslosigkeit: welche politische Verhetzung sich täglich aus der reaktionären Presse ergießt, mag man aus dieser Mißhandlung von Fachfragen entnehmen. Wo aber bleibt bei allem Deutschland? Die Kreise, die sich mit Vorliebe selbst als national bezeichnen, zitieren gern den englischen Satz: „right or wrong, my country." Aber in der Praxis scheinen sie für unser armes Land in ihrem Partei-Fanatismus nur die eine Lösung zu kennen: „Recht oder Unrecht, Deutschland soll zugrunde gehen!"

Die Teuerungszulagen der Beamten.

WTB. Berlin, 15. Jan. Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung beschloß bei der heutigen Beratung der Erhöhung der Teuerungszulagen der Beamten um 150 Prozent diese Angelegenheit vor das Plenum zu bringen. Diesem wird daher ein besonderer Gesetzentwurf zugehen, der bereits morgen verabschiedet werden soll.

Eisners Mörder vor Gericht.

Vor dem Münchener Volksgericht begann am Donnerstag die Verhandlung gegen den Studenten und Leutnant Grafen Anton Arco-Valley, der beschuldigt wird, am 21. Februar v. J. das Revolverattentat auf den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner verübt zu haben. — Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Kurze Notizen.

Heimkehrer. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Main", mit dem alle in Vorderindien und in Portugiesisch-Indien befindlichen Kriegs- und Zivilgefangenen abbefördert worden sind, trifft am 24. Jan. in Rotterdam ein.

Einreiseerlaubnis nach dem besetzten Gebiete. Die Einreise in die besetzten Reichsgebiete ist nunmehr freigegeben. Die Reisenden müssen nur im Besitze eines gewöhnlichen deutschen Reisepasses sein.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris. Zum Geschäftsträger für Paris soll der bisherige Reichsschatzminister Mayer in Aussicht genommen sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200116-16/fragment/page=0002

Obstruktion der Unabhängigen gegen das Betriebsrätegesetz.

Den gestrigen stürmischen Verhandlungen über die Zusammenstöße vor dem Reichstagsgebäude folgte heute ein Tag ruhiger sachlicher Beratung, in der nur hin und wieder die beklagenswerten Vorgänge nachklangen. Der Tag war aber gekennzeichnet durch eine planmäßige Obstruktion der Unabhängigen gegen das Betriebsrätegesetz. Dieses Auftreten ist um so ungerechter, als die Unabhängigen im Ausschuß die Mehrheitssozialisten gerade in entscheidenden Fragen im Stich gelassen haben und dadurch eine wesentliche Verschlechterung des Gesetzes auf dem Wege des Kompromisses erzwangen. Der Abgeordnete Koenen (U. Soz.) versuchte die Haltung seiner Fraktion damit zu rechtfertigen, daß die Mehrheitssozialisten von vornherein ein Kompromiß erstrebt hätten, daß den Unabhängigen unsympathisch gewesen wäre. Abgeordneter Bender-Magdeburg (Soz.) wies diese Verdächtigung durch Koenen als unhaltbar zurück, allerdings hätten sich die Mehrheitssozialisten nach Versagen der Unabhängigen zur Beschreitung des Kompromißweges gezwungen gesehen, um wenigstens die Errungenschaften der Revolution für die Arbeiterschaft einigermaßen zu sichern. Das Gesetz sei ja immerhin trotz seiner Mängel ein Boden, auf dem weitergearbeitet werden könnte. Aber gerade um sachliche Arbeit ist es den Unabhängigen nicht zu tun. Der Abgeordnete Koenen verstieg sich sogar zu der höchst erstaunlichen Bemerkung, die Arbeiterschaft könne nur auf dem gestern beschrittenen Wege, also doch wohl durch blutige Kämpfe, zu ihrem Rechte gelangen. Das Haus quittierte diesen Ausfall mit allseitiger scharfer Mißbilligung. Im Auftrage seiner Parteifreunde mußte dann Koenen auch noch einen Vorstoß gegen die Mehrheitssozialisten unternehmen auf Grund der Tatsache, daß das Gesetz Unterschiede zwischen Arbeiter- und Angestelltenräten macht. Genosse Giebel führte ihn gründlich ab mit dem Hinweis, daß gerade auch an dieser Verschlechterung des Gesetzes die Hauptschuld die Unabhängigen treffe, denn in der Kommission haben sie für gemeinsame Ausschüsse nicht einen Finger gerührt. Ihr jetziges Vorgehen im Plenum sei also ein durchsichtiges Agitationsmanöver. Ganz abgesehen davon, daß trotz der auch den Mehrheitssozialisten nicht zusagenden Formulierung des Gesetzes die Arbeiter- und Angestelltenräte doch den Weg zu gemeinsame Arbeit finden könnten. Im übrigen brachte der Tag reichlich häufige und überaus breit angelegte unabhängige und zuweilen auch deutschnationale Reden. Die Opposition der äußersten Linken und der äußersten Rechten, die so oft gemeinsam Schulter an Schulter kämpft, reicht sich auch bei diesem Gesetze für die Arbeiter wieder die Bruderhand.

*

Sitzungsbericht.

WTB. Berlin, 16. Jan. 187. Sitzung. 10 Uhr vormittags. Die zweite Beratung des Betriebsrätegesetzes wird fortgesetzt.

§ 1, der die Errichtung von Betriebsräten für solche Betriebe, die in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigen, vorsieht, wird angenommen, nach Ablehnung eines Antrages Heinze (D. Vpt.), der die Ueberweisung der ganzen Vorlage an den künftigen Reichswirtschaftsrat fordert.

Nach § 2 ist in Betrieben, die in der Regel 20, aber mindestens 5 wahlberechtigte Arbeiter beschäftigen, von denen mindestens 3 wählbar sind, ein Betriebsobmann zu wählen.

Abgelehnt wird u. a. ein Antrag der Deutschnationalen auf Einfügung eines besonderen Paragraphen, der für die Wahl des Obmanns wenigstens in Betrieben des Handwerks und des Zeitungsgewerbes die Zahl der erforderlichen Arbeitnehmer von fünf auf zehn heraufsetzen will. Die Ablehnung dieses Antrages erfolgt in namentlicher Abstimmung mit 227 gegen 66 Stimmen.

In § 4 wird für Land- und Forstwirtschaft die Wahl eines Betriebsobmannes von dem Vorhandensein von mindestens zehn ständigen Arbeitern abhängig gemacht. Bei Ablehnung von Abänderungsanträgen der Deutschnationalen und der unabhängigen Sozialisten wird § 4 angenommen. Ebenso § 5, der die Einrichtung von Arbeitnehmervertretungen der See- und Binnenschiffahrt einem besonderen Gesetz vorbehält.

Nach § 6 sind neben den Betriebsräten, in denen Arbeiter und Angestellte sitzen, noch Arbeiter- und Angestelltenräte einzurichten zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeiter und Angestellten.

Abg. **Koenen** (U. S.): Wir beantragen die Streichung des ominösen Paragraphen. Er untergräbt in reaktionärer Weise die Einheitlichkeit der Aufgabe der Betriebsräte.

Reichsarbeitsminister **Schlicke**: Der Regierungsentwurf stellt die Betriebsräte in den Vordergrund. Die Bemängelung des Vorredners trifft also nicht zu.

Der Antrag der unabhängigen Sozialisten wird abgelehnt.

Gegen 2 Uhr tritt eine Mittagspause ein.

Um ¾4 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

Zu § 8 beantragt die Deutsche Volkspartei folgenden Zusatz:

„Tarifverträge, die den Betriebsräten mehr Rechte einräumen als dieses Gesetz, bedürfen der Zustimmung der zuständigen Arbeitsgemeinschaft.“

Abg. Henke (U. S.): **Bei dem Charakter der Arbeitsgemeinschaften müssen wir den Antrag der Deutschen Volkspartei ablehnen.** Die Betriebsräte haben noch ganz besondere Aufgaben, die weit über die der Gewerkschaften hinausgehen. Die Gewerkschaften dürfen nicht über den Betriebsräten stehen.

Nach Ablehnung des Antrages der Deutschen Volkspartei wird § 8 unverändert angenommen.

Ein zu diesem Paragraphen von den Unabhängigen gestellter Antrag auf Schaffung von Soldatenräten wird abgelehnt.

Paragraph 9 wird in der Ausschußfassung angenommen.

Nach Paragraph 10 sind Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes Arbeiter und Angestellte mit Ausnahme der Familienangehörigen des Arbeitgebers. Die Unabhängigen wollen auch die Hausgewerbetreibenden als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes betrachtet wissen.

Paragraph 10 wird unter Ablehnung der Anträge der Unabhängigen im wesentlichen unverändert in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ebenso die Paragraphen 11 und 12.

Nach Paragraph 13 kann durch Verordnung der Reichsregierung für die öffentlichen Behörden und die Betriebe des Reiches, sowie für die öffentlich rechtlichen Körperschaften, die der Reichsaufsicht unterstehen, bestimmt werden, daß gewisse Gruppen von Beamten als Arbeiter und Angestellte im Sinne dieses Gesetzes zu betrachten sind.

Ein Antrag der Unabhängigen will diese Bestimmung für alle Beamten obligatorisch machen.

Der Antrag der Unabhängigen, sowie Anträge der deutschen Volkspartei werden abgelehnt.

Ein Antrag der Deutschnationalen, auch die Beamtenanwärter in diesen Paragraphen einzubeziehen, wird angenommen, und damit Paragraph 13.

Paragraph 14 bleibt unverändert.

Paragraph 15 umfaßt die Zusammensetzung des Betriebsrates und die Bemessung der zahlenmäßigen Stärke der Betriebsräte nach der Stärke der Belegschaft.

Nach kurzer Begründung der Anträge des Abgeordneten Winnefeld (D. V.) und Schiele (D. N.) wird Paragraph 15 unter Ablehnung der Anträge angenommen.

Eingefügt wird auf Antrag der Mehrheitssozialisten die Bestimmung, daß beim Anwachsen der Belegschaft die entsprechende Zahl von Ergänzungsmitgliedern hinzutritt.

Die Paragraphen 16 und 17 werden nach kurzer Aussprache unverändert in der Ausschußfassung angenommen.

Nach Paragraph 18 werden die Mitglieder des Betriebsrats auf die Dauer von einem Jahr gewählt.

Die Rechtsparteien wollen die Wahldauer auf zwei Jahre festsetzen.

Die Unabhängigen verlangen, daß die Abberufung von Gewählten, die das Vertrauen der Mitarbeiter verloren haben, jederzeit durch einfache Mehrheit der Betriebsversammlung erzwungen werden kann.

Die Abänderungsanträge werden abgelehnt und Paragraph 18 in der Ausschußfassung angenommen.

Nach Paragraph 20 sind wahlberechtigt alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar sind die mindestens 24 Jahre alten Reichsangehörigen, die wahlberechtigt sind, mindestens sechs Monate dem Betriebe, sowie mindestens drei Jahre dem Gewerbezweige, in dem sie tätig sind, angehören.

Abg. Kunert (U. S.) begründet einen Antrag, der das Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzt und das Erfordernis des Besitzes der bürgerlichen Ehrenrechte streichen will.

Abg. Schiele (D. N.) befürwortet einen Antrag, das Wahlalter auf 20 Jahre heraufzusetzen, und beantragt hierüber namentliche Abstimmung.

Der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt. Die Abstimmung über den Antrag der Deutschnationalen wird für morgen angesetzt.

Nach den §§ 30 und 31 sind die Sitzungen der Betriebsräte nicht öffentlich und finden möglichst außerhalb der Arbeitszeit statt. Auf Antrag von einem Drittel der Betriebsratsmitglieder ist ein Beauftragter der im Betriebsrat vertretenen wirtschaftlichen Arbeitnehmervereinigungen zu den Sitzungen mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

Abg. Oberfohren (Deutschn.): Der Betriebsrat sollte aufgebaut werden auf der Grundlage selbständiger Interessenvertretung von Angestellten und Arbeitern, nicht durch Nivellierung, sondern durch Differenzierung sind Fortschritte zu erzielen.

Eine Reihe weiterer Paragraphen bis auf § 37 werden im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 9 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung, vorher 54 kleine Anfragen).

Schluß gegen 10 Uhr.

Ratifizierung und Kohlenablieferungen.

Die erfolgte Ratifizierung des Friedensvertrages hat uns endlich aus dem Hangen und Bangen herausgebracht. Unsere Kriegsgefangenen kommen nun zur Befreiung. Doch muß man sich darüber klar sein, daß mit der Ratifizierung des Friedensvertrages sehr drückende Verpflichtungen in Kraft treten. Dazu gehört auch die Ablieferung einer sehr bedeutenden Kohlenmenge an Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg. Zusammen sollen diese Staaten laut Versailler Vertrag in den ersten 5 Jahren jährlich 43 Millionen Tonnen, dann weniger, erhalten! Eine solche Ablieferung ist von unserer stark gesunkenen Förderung natürlich nicht möglich. Auf Grund eines vorläufigen Abkommens liefert Deutschland seit September bereits Kohlen an Frankreich, Italien usw. ab, die auf die Pflichtleistungen angerechnet werden sollen. Diese vorläufigen Ablieferungen konnten aber wegen unserer nur ⅔ der Friedensmenge betragenden Steinkohlenförderung monatlich bei weitem nicht eine Million Tonnen erreichen. Zur Regelung dieser Verhältnisse ist für den Ruhrbergbau eine Syndikatskommission unter dem Vorsitz des Herrn Bergrat Schulze-Briesen (Staatsgruben) eingesetzt. Aber auch die Entente setzte bereits eine aus französischen, englischen, belgischen und italienischen Herren bestehende Kontrollkommission ein, die ihren ständigen Wohnsitz in Essen genommen hat. Von der Ententekommission ist schon deutlich erklärt worden, daß nach der Ratifizierung des Friedens die Kohlenablieferungen erheblich erhöht werden müßten: in Frankreich und Italien herrsche eine sehr große Kohlennot. Auf die Durchführung des Friedensvertrages müsse deshalb bestanden werden! Diese Ankündigung eröffnet den ohnehin schwer notleidenden deutschen Kohlenverbrauchern traurige Aussichten. Die Entente wird auf ihren „Vertrag“ bestehen und im Falle der Nichtbefolgung nicht vor unabsehbaren Zwangsmaßregeln zurückschrecken. Im Saargebiet hat der militärische Befehlshaber den Kohlenzechen, die mit den ihnen auferlegten Kohlenlieferungen im Rückstande sind, die einstweilige Einlegung der Neunstundenschicht vorgeschrieben. Dieses Vorgehen der Entente ist ein Grund mehr für die deutschen Bergwerksbezirke, mit aller Kraft die Kohlenförderung zu erhöhen.

WTB. Berlin, 15. Jan. Aus Frankfurt a. M. wird der „B. K.“ berichtet, daß, obwohl bereits mehr als **48 Stunden seit dem Austausch der Ratifikationen vergangen sind, noch kein Heimkehrerzug über die deutsch-französische Grenze gekommen ist. Doch sind gestern von französischer Seite die seit langem bereitstehenden deutschen Leerzüge angefordert worden.**

Parteinachrichten.

Die gescheiterte Einigung in Danzig.

Aus Danzig wird folgende Entschließung mitgeteilt: Die am 12. Januar tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt nimmt Kenntnis von dem Bericht der Parteitagsdelegierten und von dem ergebnislosen Ausgang des Parteitages.

Die Versammlung ist mit der Haltung der Delegierten einverstanden und erkennt an, daß die Delegierten alles getan haben, um die Einigung zustande zu bringen. Die Versammlung erklärt folgendes:

Offensichtlich hat der Verlauf des Parteitages bewiesen, daß auf Seiten der U. S. P. der ehrliche Wille zur Einigung nicht vorhanden ist und an dem Starrsinn der U.-S.-P.-Vertreter gescheitert ist. Auf Grund dieser Tatsache erklärt die Versammlung die formelle Einigung als nicht geschehen und betrachtet sich nach wie vor als Sozialdemokratischer Verein innerhalb der Sozialdemokratischen Partei für die freie Stadt Danzig.

Die versammelten Parteigenossinnen und -genossen geloben, ihre ganze Kraft für die Sozialdemokratische Partei und die Verwirklichung des Sozialismus einzusetzen und alle hierzu erforderlichen Mittel anzuwenden.

Die Entschließung wurde einstimmig gefaßt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Unruhe im Reiche.

Berlin, 15. Januar. WTB. Obgleich die **Regierung die für heute nachmittag von den Kommunisten angesetzte Trauerfeier für die Revolutionsopfer verboten hatte, forderten doch wieder Plakate zur Teilnahme an der Feier auf, an der sich etwa 10 000 Demonstranten beteiligten. Es kam nur zu einem kleinen Zusammenstoß.**

Bremen, 15. Januar. Woeßmanns Telegr. Büro meldet: **Heute nachmittag fand die von den Kommunisten und Unabhängigen angesetzte Protestversammlung gegen das Betriebsrätegesetz statt. Kurz nach 2 Uhr legten in den größeren Betrieben die Arbeiter die Arbeit nieder.**

Frankfurt a. M., 15. Januar. Eine anläßlich der Berliner Vorgänge von der U. S. P. D. einberufene **Protestversammlung wurde auf Grund des Ausnahmezustandes verboten und der Bahnhofsplatz durch Reichswehrtruppen abgesperrt. Kundgebungen großer Menschenmassen wurden nach unblutigem Handgemenge unterdrückt und die Ruhe wieder hergestellt.**

Im übrigen Deutschland ist alles ruhig.

Einstellung des Eisenbahnverkehrs in Bayern wegen Kohlennot.

WTB. München, 15. Januar. Da der Kohlenvorrat **zu Ende ist, wird am 15. d. M. der gesamte Güterzugverkehr eingestellt bis auf die Beförderung von Lebensmitteln. Die Zulassung des Personenverkehrs zu den noch verbleibenden Zügen bleibt vollständig ausgeschlossen. Die Zahl der Nahzugsverkehrszüge wird gleichfalls eingeschränkt und der Lokalbahnverkehr wird überall eingestellt, wo eine wirksame Kohlenersparnis sich ergibt. Von Schnellzügen werden nur D 39 und 40 zwischen München und Berlin beibehalten.**

Angestelltenstreik in Belgien.

Brüssel, 14. Januar. Das Streikkomitee der Interministeriellen Vereinigung der Angestellten hat, nachdem alle Versuche über die Lohnforderungen zu einer Einigung zu gelangen, vergeblich waren, den Streik erklärt, der gestern in den Ministerien für öffentliche Arbeiten, im Kolonialministerium und zum Teil im Landwirtschaftsministerium begonnen hat.

Freundschaftliche Beziehungen zwischen Oesterreich und der Tschecho-Slowakei.

Wien, 15. Januar. Korr.-Büro. Im Ausschuß der österreichischen Nationalversammlung berichtete **Staatskanzler Renner über die früheren Verhandlungen, sowie über die eingehenden Besprechungen mit dem Minister des Aeußern Benesch. Die freundschaftliche wirtschaftliche Zusammenarbeit der beiden aufeinander angewiesenen Länder könne keineswegs die Bedeutung oder die Natur eines Bündnisses beanspruchen, sondern bloß den Charakter guter Nachbarschaft haben. Beide Staaten werden loyal vom Friedensvertrag von St. Germain ausgehen, wonach die tschecho-slowakische Republik auf die Existenzmöglichkeit Oesterreichs Bedacht nehmen wird. Die Frage der nationalen Minorität betrachten beide Republiken völkerrechtlich als eine für jeden der beiden Staaten rein interne Frage. Beide Teile hätten das Interesse, bei der Abwehr jeden Restaurationsversuches von außen und innen einander behilflich zu sein.**

Der Frieden für Ungarn.

Paris, 15. Januar. Havas. Die Uebergabe der Friedensbedingungen der Alliierten an die ungarische Delegation fand heute nachmittag im Ministerium des Aeußern an die ungarischen Bevollmächtigten statt. An der Sitzung nahmen Clemenceau, Lloyd George und Nitti teil, ebenso die Botschafter der Vereinigten Staaten und Japan. In einer Ansprache erklärte Clemenceau, daß zur Eingabe ihrer Bemerkungen eine Frist von 15 Tagen anberaumt sei. Der Chef der ungarischen Delegation Graf Apponyi erklärte, daß er sich damit begnüge, Kenntnis von den Friedensbedingungen zu nehmen, die ihm soeben übergeben wurden.

Die Adriafrage angeblich gelöst.

Amsterdam, 15. Jan. WTB. Einer Reuter-Meldung zufolge berichtet „Daily Chronicle“ aus Paris, daß die adriatische Frage gelöst worden sei. Fiume bleibt bei Italien. Der Hafen wird jedoch internationalisiert. Er wird dem Völkerbund unterstellt. Das Hinterland kommt an Jugoslawien. Italien wird jedoch die Benutzung der Bahn garantiert. Die gesamte dalmatinische Küste mit Ausnahme von Zara und einer oder zwei Inseln fällt an Jugoslawien. Ueber das Schicksal Albaniens ist eine Entscheidung noch nicht getroffen.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Max Seydewitz, für „Aus dem Stadtkreis“ und Gewerkschaftliches: Willy Lanzke, für „Aus dem Verbreitungsbezirk“ R. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksblatt G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200116-16/fragment/page=0003
DFG

Wetterleuchten um Mitternacht!

Eine seltsame Begebenheit in 5 Kapiteln.

In den Hauptrollen:

Klara Wieth
Aage Fönss.

Vorführung:
4.10 6.20 8.40.

Licht-Spiele

Leipzigerstrasse 88

UT

Frauen, traut den Männern nicht!

Ein lustiger Badefilm in 3 Akten.

Vorführung: 3.30 5.40 7.50

Einlass 3 Uhr. Beginn 3½ Uhr.

Die Abend-Vorstellung beginnt 7.50 Uhr.

Die Herrin der Welt.

Täglich der **dritte** Teil des neuen Riesenfilms der Ufa

Der Rabbi von Kuan-Fu!

mit **Mia May** im

UT

Alte Promenade 11a

Vorführung: 4.00 6.00 8.15.

Walhalla-Operettentheater.

Anfang 7 Uhr:

Die Dame vom Zirkus.

Sonntag 14 z. 2. Mal
Der Schuster und der Zauberstiefel.
Märchen m. Gesang u. Tanz-Einlagen von Adolb. Kriwat.

1. Unverhoffte Freude
2. Die Zauberstiefel
3. Das verw. Schloss
4. Des brav. Kind. Lohn
5. Das Weihnachtsfest

Kl. Pr. Erw. 1.4 Mk
Kinder 0,50—2 Mk.

Vorverkauf eröffnet.
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater

Sonnabend, den 17. Jan., Anf. 7, End geg. 10 Uhr:

Das Paradies.

Sonntag nachm. infolge Erkrankung v. Frl. Irma **Grawi** kann das Märchenspiel „Der Himmels-Schneider am Sonntag nicht gegeben werden; es gelangt dafür das Schauspiel **„Johannisnacht"** von H. Sudermann als **Volksvorstellung** b. **ganz klein. Preisen** zur Aufführung.

Sonntag abend:
Tristan und Isolde

Licht-Spiele

Ab heute u. folgende Tage: Nur für Erwachsene!

Erstaufführung!!
Das grosse, gewaltige Filmwerk:

Vom Schicksal erdrosselt!

Eine spannende u. fesselnde Familientragödie in 5 Akten.

Vorführung: 3.35 5.15 7.00 8.20.

Hierzu ein Lustspiel in 3 Akten:
Lissy's Flimmerkur.

Wochentags Einl. 3 Uhr. Anf. 3½ Uhr.
Sonntags Einl. 2 Anf. 3 Uhr.

Fernsprecher 4681. Grosse Ulrichstr. 8

Im Herzen der Stadt.

Volkslichtspiele

Geiststr. 5. Geiststr. 5.

Vom 16. bis 19. Januar:

Staatsanwalt Jordan.

Drama in 5 Akten.

In der Hauptrolle:

Eva May.

Nebst einem reizenden Lustspiel.

Für Kinder besondere Vorstellung.

Geschäfts-Eröffnung.

Geehrten Einwohnerschaft von Halle und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich im Hause

Geiststraße Nr. 47

ein

· Blumen-Geschäft ·

eröffnet habe. Infolge langjähriger Tätigkeit in ersten Firmen bin ich jederzeit in der Lage, den höchsten Ansprüchen zu genügen und bitte ich bei Bedarf an trockenen Blumen, Bisttrenden und Zierpflanzen um gütige Berücksichtigung.

Mit aller Hochachtung ergebenst

Karl Grimm.

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Bekanntmachung.

2000 Mk. Belohnung.

Mord.

Am Sonntag, den 26. Oktober 1919, abends zwischen 3/4 7 und 12 Uhr ist in Pohritzsch (Kreis Bitterfeld) in ihrem Laden die Witwe **Wilhelmine Günther** erwürgt und um 250 Mark Silbergeld sowie um Pfwiergeld in grauer Pappbriefmappe beraubt worden. Die Täter sind nicht ermittelt. Der Verdacht lenkt sich u. a. auf die Arbeiter **Stanislaus Jachinski** und **Stanislaus Czelinski**, die bis zum 4. November in Torna und darauf angeblich kurze Zeit auf Gut Collno bei Patzetz beschäftigt waren. Sie wollten später in Bitterfelder Gruben und Fabriken Arbeit nehmen. Begleitet waren sie von zwei Mädchen, Marie und Christine (oder Konstantine) genannt, als ihren Frauen. Czelinski ist sehr klein, fast kahlköpfig, trägt dunkles Haar, gescheitelt und zurückgekämmt. Jachinski ist größer.

Der Regierungspräsident in Merseburg hat für die Ermittlung der Mörder eine Belohnung von 2000 Mark ausgesetzt, die nach Beendigung des Verfahrens unter Ausschluß des Rechtsweges im Ganzen oder, falls mehrere zur Ermittlung beitragen, in Teilbeträgen ausgezahlt werden.

Um zweckdienliche Angaben wird zu den Akten V. U 67/19 ersucht.

Halle a. S., den 13. Januar 1920.

Der Untersuchungsrichter des Landgerichts.

Apollo-Theater

Täglich abends 7 Uhr:
Nur noch
wenige Male
die Schlager-Operette

Frl. Puck

Allabendlich
volle Häuser!
Rechtzeitig Plätze bestellen!

Sonntag Nachm. 3½ Uhr bei **kleinen Preisen:**
„Die 3 Kaulemännchen"
Märch. i. 5 Bild. v. Grimm
Vorverk. 9—1 u. 4—7.

Gummi

Preisliste gratis
C. KLAPPENBACH
Fachgeschäft u. Versandhaus für sanitäre Artikel
Halle a. S. Gr. Ulrichstr. 44
Fernr. 0545.

Volkspark.

Sonnabend, den 17. Januar, abends 7 Uhr:

Bunter Abend.

Halloria-Quartett.

Die Geschäftsleitung.

Bringen Sie schon jetzt Ihren Sommerhut

zwecks guter, pünktlicher Lieferung zum Umpressen und Umnähen.

Neueste Muster-Vorlagen.

15 Geiststrasse 15

Adler-Apotheke

Inh.: Franz Schmidt

Telephon 4568

Stroh-, Filzwarenfabrik Franz Zenk.

Narrenkappen

Tanzkontroller = Tanzblumen, Larven, Nasen, sowie viele Karneval-, Scherz- u. Ulkartikel in grosser Auswahl u. billigsten Preisen bei

Paul Lange, Merseburgerstr. 168

neben Apollo-Theater.

Neue Möbel!

Küchen-Einrichtung
gestrichen und lasiert.
Nußbaum-Vertikos und Kleiderschränke
echt und gestrichen in großer Auswahl.
Schlafzimmer-Einrichtungen
linitiert Eiche und Satin, weiß lackiert, Eiche, mit echten weißen Marmor, guten Drellmatratzen verkauft

Friedrich Peilicke

Geiststraße 25.

Kaufe

Felle, Lumpen, Alteisen,

zu höchsten Preisen,

jedes Quantum, auch das kleinste.

Philipp Schwabach,

Raffineriestraße 44, Fernspr. 6237. kauft jedes Quantum zu höchsten Preisen.

Händler erhalten extra hohe Preise!

Zerbrochene
DAUER-WÄSCHE
wird sauber und sachgemäß
repariert
DAUERWÄSCHE-Spezialhaus
Geiststr. 53

Hasenfelle

kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Dangiowitz,
Fischerplan 2. Tel. 1178.

Seilerwaren

Bindegarn, Hanf, Bindfäden, Rohr, Bürsten, Besen, Peitschen, Holzwaren.

Polstermittel

Garne — Zwirne — Stoffe.

Wünsch & Kaps

Gross- u. Kleinhandel
L.-Wuchererstr. 1a.
Fernruf 3572.

Kinderschuhe

mit prima Lederohlen
à Paar **30**50 Mk.
für Kinder von 8—12 Jahren, in sehr großer Auswahl
Ein- und Verkaufshaus
22 Schülerhof 22.

Weißenfels

Lebensmittelverteilung im Stadtkreise.

In der Woche vom 19 bis 24. ds. Mts. kommen noch der Kundenliste auf Marke 336

150 Gramm Haferflocken

zur Verteilung. Der Preis beträgt:
für Haferflocken aller Sorten 7½ Pfg. für das Pfund.

Markenabgabe am Dienstag, den 27. Januar 1920 an die Warenstelle des städtischen Lebensmittelamtes, Leopold-Sellstraße 14.

Zuwiderhandlungen werden nach § 17 der Verordnung vom 25. September — 4. November 1918 b. Kraft.

Weißenfels, den 16. Januar 1920.

Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200116-16/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Die Geschichte des Sozialismus und der Sozialdemokratie. Am Mittwoch, den 21. Januar 1920 wird der seinerzeit unterbrochene Vortragskursus fortgesetzt. Genosse Fiele wird an diesem Tage einen zweiten hochinteressanten Vortrag halten. Nähere Mitteilungen ergehen noch. Wir machen die Genossen und Genossinnen schon heute auf diesen wertvollen Vortrag aufmerksam. **Bildungsausschuß der S. P. D.**

Rednerschule: Der Unterricht findet Sonnabend von 4½—6¼ und 6½—8½ Uhr im kleinen Zimmer des Gewerkschaftshauses statt (Eingang durch die Restauration).

Buchdrucker S. P. D. Sonntag vormittag 10 Uhr im „Schiffchen" wichtige Besprechung. J. A.: Gabriel.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 16. Januar 1920.

Die Reaie klappt.

Die Hetze der „Deutschnationalen" gegen das deutsche Volk und seine demokratischen Einrichtungen wird immer gemeiner und offensichtlicher. Es ist schon längst kein Geheimnis mehr, daß die noch in unserem vielseitigem Beamtenapparat sitzenden reaktionären Vertreter der „Ordnungs"-Partei zum Schaden der Allgemeinheit nach ganz bestimmten Direktiven an dem Aufbau unserer Volkswirtschaft Sabotage treiben, um auf Kosten des Volkswohles für alldeutsche Denkgegenhäuptlinge billiges Agitationsmaterial zu konstruieren. Erst kürzlich erregte ein derartiger Fall berechtigtes Aufsehen. Auf dem Schicksalsplatz in Röterboa werden täglich für 40 000 Mk Geschoßmaterial geschossen und verschossen. Die verantwortlichen Stellen sah man bei leider immer noch reaktionär gesinnte Beamte setzen, und ließen die Sache wohlgefällig mit wahrhaft orientalischer Gleichgültigkeit laufen wie sie eben lief. Erst durch die Presse wurde der Skandal aufgedeckt und auf Grund dessen dem Treiben in Röterboa Einhalt geboten.

Wer nun der Meinung war, die Komödie sei damit zu Ende, irrte sich ganz gewaltig und kannte eben unsere lieben „Ordnungsfreunde". auf Seiten der Volkssaboteure, sehr schlecht. Prompt folgte der Hauptstrumpf der verwegenen und verbrecherischen Spieler — „Seht ihr armen Volksgenossen, so geht es zu in der neuen Republik" — so und ähnlich echote es aus dem „deutschnationalen Blättermalde. Auch das Organ der hiesigen Staatsbankrotspartei (ihr Täufer heißt Gummi-Knüppel-Kunze) heuchelt natürlich mit der Miene des offen ehrlichen Barioten im Chore mit. Einiges aus seinen hämischen Betrachtungen geben wir hiermit unseren Lesern zum Besten:

Wir nennen das: die „neue Zeit" und das „neue System"!

Oder waat etwa ein hiesiges offiziöses Blatt zu behaupten, daß früher die „Ordnungsbürger", die „Offizierskaste", das „reaktionäre Beamtentum" usw. ie sich und „ihren" Staat in dieser freien Weise — hätte bekleiden lassen, wie es die Republik tut?

Und da soll man Vertrauen zur Befähigung und zum Ordnungs- und Sparsamkeitssinne der heute regierenden Klasse (!) haben, deren Ministergenossen bekanntlich nach Kräften bemüht waren, ihr Bestes zu leisten Wenn das „beste" Leistungen sind, dann wären wir ganz zufrieden, mal nur „gute" zu erleben.

Diese mit soviel Schläue gesetzten Sätze enthalten manche Fuchsweisheit und zwischen den Zeilen klotzt uns der Hohn und die sadistische Genugtuung entgegen dem Volke und dem Staate einen echten Gleistritt versetzt zu haben.

Wenn der „harmlose" Schreiber fragt ob früher auch schon auf diese Weise gestohlen worden sei, so weiß fest jeder im Reindeutsch gesinnte Soldat, der die „Ehre" hatte unter der Knute der von dem Blatt gemeinter „Führer" zu stehen, welche unglaubliche Mengen Lebensmittel an die „Durchhalte-Familien" nach Deutschland wanderten, die nicht nur dem Staate, sondern auch den mit Tod und Elend kämpfenden „Frontproleten" auf die frivolste Weise gestohlen wurden.

Der „Zentralrat", das Mitteilungsblatt des Zentralrates der deutschen Arbeiterräte veröffentlicht in seiner Nummer 9 eine interessante Marketenderliste, in der folgende „Abgänge" verbucht waren:

Hauptmann v. F. . . . erhielt in zirka 1 Jahr: 1095 Pfund Zucker, 588 Pack Keks, 175 Pfund Honig, 35 Dosen kond. Milch, 626 Tafeln Schokolade, 88 Flaschen Branntwein usw.
Rittmeister Kl. . . . in 6 Monaten: 280 Pfund Zucker, 19 Pfund Bonbons, 65 Tafeln Schokolade usw.
Leutnant Fr. . . . in zirka ¾ Jahren: 250 Pfund Zucker, 78 Pfund Honig, 62 Pfund Bonbons, 256 Pakete Keks, 90 Pfund Schokolade, 50 Dosen kond. Milch, 90 Dosen Gemüsekonserven, 3100 Zigarren.
General von C. . . . in einem Monat: 305 Pfund Zucker, 85 Dosen kond Milch 45 Pfund Honig usw.
Fürstl. Livpische Hofhaltung, Detmold, in einer Sendung: 150 Pfund Zucker, 30 Dosen Oesterdinen, 20 Dosen kond. Milch, 20 Stück Seife, 59 Pfund Schinken, 16 Pfund Käse usw.
Ltn. M. . . . in 2 Monaten: 200 Pfund Zucker, 25 Dosen kond. Milch, 70 Pack Keks, 600 Zigarren, 900 Zigaretten.
Exzellenz v. E. . . . in 1 Monat: 59 Pfund Zucker, 50 Eier usw.

So wie hier, so sind die Soldaten in unzähligen Fällen von Offizieren, Generälen, Exzellenzen und fürstlichen Hofhaltungen um ihr bischen Nahrung in gemeinster Weise bestohlen worden.

Als grenzenlose Verdrehung muß man weiter das Geschwätzel von der „heute reaktionären Klasse" bezeichnen. Wahrscheinlich leidet der Schreiber an Größenwahn und bildet sich ein, er sei das „Volk" und die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes die „Klasse"

Daß derartige demagogische Bemühungen, um das deutsche Volk zu beschimpfen und zu verhöhnen noch kein öffentliches Aergernis erregt haben, ist wohl nur dem Umstand zuzuschreiben, daß dieses Preßreptil fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheint.

„Jude raus!"

„Nichts ohne Hetze" ist die Parole der „H. Z.". Sogar ihre Theaterkritiken müssen dazu herhalten. Bei der Uraufführung des „Paradies" im Stadttheater, die am dritten Akt starken, freudigen Beifall fand, hört der antisemitisch-deutschnationale Kritiker zahlreiche Rufe: „Jude raus!" Außer dem spitzbrigen Herrn hat von diesen Rufen jedenfalls niemand etwas gehört. Und dann: Was hat das mit der Kunst zu tun? An anderer Stelle schreibt der Herr: „Adalbert Krimat als Ferchlandt — —" und glaubt jedenfalls recht geschickt gemeint zu sein. Ein anständiger Mensch aber nennt das vielleicht doch — Geschmacklosigkeiten.

Hört, hört!

Das hiesige Kommunistenblatt hat sein weites Herz auch für die — Buchdrucker entdeckt. Nachdem es bisher in seiner „liebsischen" Art diese Schicht der Arbeiterschaft wüst beschimpft hat, stellt das Blatt mit Genugtuung fest, daß die Buchdrucker — radikal geworden sind. Ein Freudengeheul wird angestimmt und den antaläubiven Lesern etwas aufgetischt, was den gesunkenen Mut neu beleben soll. Mit der Wahrheit nimmt es das Kommunistenblatt, wenn es einen Zweck erreichen will, nicht sehr genau und macht eins, zwei, für ein Taschenspielerkünstchen, von dessen „Genialität" nachher die Schreiber selbst entzückt sind. Die Radikalisierung der Buchdrucker, so meint das Blatt, trat bei der Vorstandswahl in die Erscheinung. Wörtlich heißt es dann weiter: „Mit einer wenn auch nicht erheblichen Mehrheit wurde die Liste der Opposition gewählt." Es geht einmal an, sagen die Volksblattleser, damit sie aber nicht gar zu sehr irre werden an den Buchdruckern, wollen wir hierher die Tatsachen setzen. Zum Vorsitzenden wurde der Unabhängige Riebenstahl mit 2 (zwei) Stimmen Mehrheit gewählt, aber für den gesamten übrigen Vorstand wurden nur Mehrheitssozialisten mit größerer Stimmenmehrheit gewählt. — So, und nun mag die Wahrheitstante weiter schwindeln.

Im übrigen arbeitet das Kommunistenblatt nach dem Rezept: „— Und wenn ich nicht mehr weiter kann, dann fang ich wieder von vorne an" Wenn wir ihm gnadenvoll mal sachlich auf die zarten Füßchen getreten haben, dann schnaubt die liebe Tante vor Wut und argumentiert: „Armseliges Roskeblättchen": gestern vierzal in einer Nummer Mit so stereotypen kindlichem Geschimpfe beweist man ja schließlich noch am ehesten seine — Dummheit.

* **Belohnung für wiederbeschaffteten Heeresgut.** Laut Bekanntmachung des Reichsschatzministeriums vom 29. Dezember 1919 wird die Gültigkeit der Bekanntmachung vom 29. April 1919 über Bewilligung von Belohnungen für die Wiederherbeischaffung von abhanden gekommenem Militärgut bis zum 31. Dezember 1920 verlängert. Die Höhe der Belohnung wird berechnet nach dem Wert des erfaßten Heeresgutes und beträgt unter 1000 Mk. bis 10 vom Hundert, von 1000—10 000 Mk. 5 bis 7, von 10 000 bis 100 000 Mk 3 bis 5 vom Hundert usw.

* **Städtische Sparkasse.** Am Ders. n. J. gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 30. 11. 19: 98 923 472,36 Mk., gegen 85 400 360,92 Mk. im Vorjahre. Einzahlungen vom 1. bis 31. 12.: 7 097 489,98 Mk. gegen 5 523 529,65 Mk. im Vorjahre. Zusammen: 105 320 962,34 Mk. gegen 90 923 890,57 Mk. im Vorjahre. Rückzahlungen vom 1. bis 31. 12.: 8 082 099,89 Mk. gegen 3 371 815,75 Mk. i. V. Bestand am 31. 12. 19: 97 238 862,45 Mk. gegen 87 552 074,82 Mk. im Vorjahre.

* **Straßenbahn-Kohlentransporte.** Wie man uns mitteilt, wird sich die Ausnahme der Kohlenanfuhr mit der Straßenbahn noch um einige Tage verzögern, da sich Differenzen mit dem Gemeindevorstand von Lützendorf ergeben haben. Doch hofft man im Laufe der nächsten Tage mit den Transporten beginnen zu können.

* **Handwerker- und Kunstgewerbeschule.** Der Unterricht wird am Montag, den 19 Januar wieder aufgenommen.

* **Starkes Hochwasser.** Gestern hatte das Hochwasser auch hier in Halle seinen höchsten Stand erreicht. Es überschwemmte die Passendorfer Wiesen völlig und bildete bis nach Kietzdorf breite Wasserflächen. Die Peißnitz war ganz überflutet und von außen abgeschnitten. Desgleichen drang das Wasser in sämtliche Anlagen des Saaletales ein und auf der Würdelwiese, wo das Wasser bis zum Pfäffer Schiesgraben reichte, rangen nur noch die Oberteile der Bänke aus dem Wasser An der Steinmühle bei Cröllwitz Diese reichte das Wasser fast bis zur Steinbrücke.

* **Liebesgabensendung aus der Schweiz.** Unsere Meldung, von der „Verschickung einer Liebesgabensendung" bewahrheitet sich glücklicherweise nicht Es wird uns heute vielmehr berichtet, daß die beiden Waggons infolge schwieriger Bahnverhältnisse verspätet eintreffen. Von der „Zentralstelle zur Unterbringung erholungsbedürftiger deutscher Kinder" erhalten wir dazu noch folgende Zuschrift: Die Schweizerfamilien, die deutsche Kinder auf Freistellen aufnahmen, haben einem großen Teil von diesen eine Weihnachtsüberraschung zugedacht und zwar in Gestalt eines Lebensmittelpaketes Leider haben die Bahnverhältnisse nicht gestattet, den Kindern das Paket unter den Weihnachtsbaum zu legen. Vorgefunden sind nicht weniger als zwei große Eisenbahnwaggons voll Liebesgabenpakete in Halle eingetroffen und von der Zentralstelle in Halle weiterverteilt worden Die Liebesgaben sind nicht nur für Halle bestimmt, sondern für eine ganze Reihe von Städten in Deutschland Frau Louis und Frl Schieß aus Zürich, die sich beide große Verdienste um das Zustandekommen dieser Sammlung erworben haben, begleiteten die Sendung nach Halle. Es sei auch an dieser Stelle diesen beiden Damen und all den Spendern in der Schweiz der verbindlichste Dank ausgesprochen.

* **Entomologische Gesellschaft, Halle a. S.** Hauptversammlung Sonnabend, den 17. d M., 3 Uhr nachm. Ausstellung und Vorträge im Schlüterschen Institut Ludwig-Wucherer-Straße 9. Sonntag vorm. 10 Uhr: Geschäftliches im Bauers Restaurant Rathausstraße

* **Strauß-Konzert.** Am Montag, den 19. Januar 1920 findet im Thaliasaal ein Orchesterkonzert statt. Das Programm setzt sich zusammen aus Wiener Walzer- und Operettenmusik und steht unter der Leitung von Willy Gehrecke. Der Dirigentin geht ein hervorragend künstlerischer Ruf voraus, sie ist allerorts als Strauß-Interpretin gefeiert worden. Karten sind in der Musikalienhandlung Albert Manthey, Gr. Ulrichstr. 12, zu haben. (Siehe Inserat).

Der Antrag des Staatsanwalts im Ferchlandtprozeß.

Nach Redaktionsschluß wird uns gemeldet: Der Staatsanwalt beantragte heute eine Gesamtstrafe von 15 Jahren Gefängnis, 15 Jahre Ehrverlust und Entfernung aus dem Heere. 6 Monate der Untersuchungshaft werden angerechnet.

*

10 Verhandlungstag

Zeuge Ulrich, deram 10. Januar Führer der Matrosen war, die auf den Straßenbahnwagen nach dem Beramannstroß

Die Hölle.

38) Roman von Henri Barbusse.

Alleiniger berechtigter deutscher Uebersetzung von Max Hochdorf.
(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich.)
(Nachdruck verboten.)

Der Dichter ließ sich nicht unterbrechen und fuhr fort, ohne ihren Einwand zu beachten: „Und die Sterbenden sagen: ‚Und wenn das Leben auch auf seinem langen Wege uns nicht nähergebracht hat, als es eben sein durfte, wenn es auch nicht aus zwei Menschenwesen ein einziges erschaffen hat, so schenkte es uns doch wenigstens genügend Aehnlichkeit, damit wir, wie durch Wundermacht bekleidet, zärtlichkeiten verspürten, eines für das andere. Wir haben eine Sammlung und eine Glaubensflamme gewonnen und eine mitschwingende Religion für unser Menschenleid selber. Wir haben den Glauben überall gefunden, und er war gesellt mit dem Tode Wir beteten die Menschenohnmacht an in dem Windeweben, das immer weht, auf den Menschen zuweht und ihn erschüttert. In dem Sonnenuntergang, der sich aufblättert, in der Sommerzeit, die leiden muß und hinstirbt, in der Herbstzeit, die ihrer Schönheit Todesahnungen birgt, und deren tote Blätter das Geräusch der Schritte zum Tode auffangen, in dem gestirnten Himmel, dessen Großartigkeit wie Tollheit erscheint, überall haben wir die Glaubensflamme gefunden. Und es war sogar schwer zu glauben, der Stein habe nur ein Herz von Stein, und die Zukunft wäre nicht der Unschuld vorbehalten, sondern dem Irrtum ausgeliefert. Wir widerstanden und wir behaupten uns aus in der Hoffnung!' — So tönt es auch durch das Gedicht von dem Mann und dem Weibe. Eines aber sagt weiter: ‚Denkst du noch daran? Wenn über die weiten Täler der Abend sank, in dem wir das Herannahen unseres Alters verspürten, dann verschlangen wir unsere winzigirdischen Hände und wendeten, trotz allem, unsere Augen der Zukunft zu. Die Zukunft! Auf deiner unendlichkeitsbedeckten Wange lächelte eine Runzel. Prächtig und beschwingt war alles. Der ewigen Weisheit Wahrheit sank glänzend hell vom Himmel, und ihr letztes Schimmern lagerte sich auf deiner Stirn. Wohl, wir waren geizig, ermattet, wir hoben kaum die Lider hoch, die beschwert waren von der armen Vergangenheit, der keine Heilkraft geschenkt wurde, aber wir hofften! Der Abend erweichte die Steine, deine Augen waren umgoldet, ich spürte, daß du sterben würdest.'

Das Leben strahlt auf mit ungeheurer Vollkommenheit, wenn das Leben verendet. Das ist schön, sinkt der Mann noch abgrundtiefer, es ist schön, an das Ende seiner Lebenstage zu gelangen. — Denn so haben wir das irdische Paradies gelebt.

Und Mann und Weib gestehen sich schüchtern und linkisch: ‚Ich liebe dich!' Auf der Schwelle des ewigen Himmelsblaus suchen sie die Wirklichkeit für den demütigen Beginn der letzten, verscheidenden Stunden. Und sie gehen so weit, daß sie versichern, Gott leidet, weil er sie sterben sieht, und sie beklagen ihn. Dann sagen sich die Menschen, die nicht mehr leiden werden, ihr allumfassendes Lebewohl. Und dann ist das Trauerspiel ausgespielt."

Herzleide schreit auf, und all ihr Wesen liegt in diesem Schrei: „Sie haben recht!"

Der Dichter sagt: „Das ist die Wahrheit! Die Wahrheit löscht den Tod nicht aus. Sie vermindert nicht den Raum, sie hält die Zeit nicht auf. Aber sie schafft aus alledem und aus unseren Gedanken die wesentlichen, düsteren Glieder, aus denen unser Wesen geglidert ist. Das Glück braucht das Unglück. Luft wird teilweise mit Trübsal erschaffen. Weil es Schatienmacht sein kann, dürfen wir Leben empfinden. Weil wir gekreuzigt sind an Zeit und Raum, bedt unser Herz lebendig zwischen Zeit und Raum. Man darf nicht eine Körperlosigkeit von abgeschmackten Massen erträumen. Man muß die Kette behalten, die uns kettet an das Blut und an das Erdreich. Denke daran: ‚So, wie wir geschaffen sind! So nur soll es sein! Wir sind ein großes Gemenge, wir sind es mehr, als wir glauben möchten. Wer weiß, was wir wirklich sind!'"

Auf dem Gesicht Herzleides, das Todesentsetzen mit Starrheit entstellt hatte, lebte ein neues Lächeln auf. Sie fragte mit einer kindlichen Großartigkeit: „Warum hast du mir das nicht gleich gesagt ‚als ich dich gefragt habe?" Der Dichter erwidert: „Damals konntest du mich nicht begreifen, du hattest deinen Traum des Leides in einem Gelände ohne Ausweg angesiedelt. Es war nötig, der Wahrheit eine andere Wegwendung zu geben, damit sie dir von Grund aus dargeboten werde!"

*

Ich aber sehe noch etwas anderes, das ihnen Schwungkraft verleiht. Es ist die Schönheit und die Güte, daß sie gesprochen haben. Ja, das hat sie in den wenigen Augenblicken verklärt, in denen sie noch nicht aus dem Traumreich zurückgekehrt sind.

Herzleide seufzte auf: „Das tut wohl, all die Wortfülle gefunden zu haben, die genau erkennt, was gegen uns Feindschaft hegt." Der Dichter sagte: „Sich auszudrücken, aufwecken, was lebendig ist, das ist die einzige Sache, die wahrhaft den Schein der Gerechtigkeit gibt."

Nach diesem großen Worte schwiegen sie. Sie waren für den Bruchteil einer Sekunde so nahe, wie man es hinnieden nur sein kann. Denn verbündet waren sie in dem erhabenen Bündnis der hohen und stellen Wahrhaftigkeit. Denn es ist schwierig zu begreifen, daß Glück zugleich Glück und Unglück sei.

Herzleide glaubte dem Dichter, sie, die Rebellin und Ungläubige, der sein Gedanke und Gedicht ein wahrhaft wesendes, spürbares Herz gegeben hatte. (Fortsetzung folgt.)

Kleines Feuilleton.

Stadttheater: Heute, Freitag, abend 7 Uhr gelangt die Oper „Martha" zur Aufführung. Sonnabend erste Wiederholung der Tragödie „Das Paradies". Sonntag nachm. 3 Uhr Volksvorstellung (bei ganz kleinen Preisen): „Johannisnacht" von Hermann Sudermann. Sonntag abend 6 Uhr „Tristan und Isolde" mit Kammersänger Walter Kirchhoff als Tristan. Montag „Das Heilige Feuer". — Dienstag, den 20. Januar, beginnt das Gastspiel der Liliputaner-Gesellschaft. Es wird uns mitgeteilt, daß die Darsteller wirkliche Zwerge sind. Zur Aufführung gelangt „Schneewittchen und die sieben Zwerge" bei kleinen Preisen.

Gastspiel der Modernen Operettenbühne, Dir. M. Steinert, im Apollotheater. Walter Kollos neueste Operette „Fräulein Pu" erweist sich dank der glänzenden Aufführung durch die darstellenden Hauptkräfte, die Damen Köbe, Wallis, Grigo und Bauer und die Herren, allen voran der ganz vorzügliche, charmante Fritz Schulz, ferner Christean, Rolee und Eugens, auch hier in Halle als eine Zugkraft ersten Ranges. Täglich volle Häuser und 3—4malige Wiederholungen der musikalischen Schlager sind die beiden Zeichen des Erfolges. Da andere Neuerscheinungsverpflichtungen drängen, so finden nur noch wenige Aufführungen von „Fräulein Pu" statt. In Vorbereitung befindet sich bereits Oskar Straus' trefliches Werk „Die Ballnacht", die s. Zt. am „Wallnertheater" Berlin große Triumphe feiert. Am Sonntag nachm. 3½ Uhr findet bei kleinen Preisen die Erstaufführung des Märchens von Görner „Die 3 Haulemännerchen" statt.

Walhalla-Operetten-Theater. Sonntag nachm. ¼4 Uhr kommt zum 2. Mal „Der Schuster und die Zauberstiefel", Märchen mit Gesang und Balleteinlagen von Adalbert Krimat zur Aufführung. Die Erstaufführung am vergangenen Sonntag bedeutete einen großen Erfolg. Klein und Groß amüsierte sich, wie der tosende Beifall bewies, bei erstklassiger Darstellung auf das Köstlichste. Es gelten ermäßigte Preise, Kinder zahlen halbe Preise. Abends 7 Uhr geht die Operette „Die Dame vom Strand" in Szene und sei bewertet, daß dies die letzte Sonntagsaufführung ist. Den vielen Nachfragern zur Kenntnis, daß das Lied: „Auf Erden da ist es zum Weinen bestellt und doch scheint der Herrgott die lachende Welt" nicht im Theater, sondern in hiesigen Musikalienhandlungen zu haben ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200116-16/fragment/page=0005

führen, bestätigte die Aussagen des Matrosenführers Henne, der am vorhergehenden Verhandlungstage entgegen den Behauptungen des Klaus erklärte, den fraglichen Transport nicht geführt zu haben. „Zeuge" Klaus behauptete bekanntlich, er habe neben Henne gestanden. Man kann sich also schon daraus ein Bild über die „Glaubwürdigkeit" des Klaus machen.

Zeuge Weider behauptete, Ferchlandt habe ihm gesagt, er wolle einen Rat entlassener Soldaten gründen, mit dem er den Soldatenrat stürzen wollte. Der Angeklagte bestritt dies entschieden.

Der Vorsitzende frug dann den Angeklagten, warum er gegen Hartung kein gerichtliches Verfahren angestrengt habe, da derselbe doch ohne seinen Befehl den Betrieb der „Saale-Zeitung" sabotiert hätte. Der Angeklagte erwiderte darauf, daß er Bericht erstattet hat und das übrige Aufgabe der Rechtskommission gewesen sei.

Die Beweisaufnahme war damit abgeschlossen und es wurde zur Vereidigung der noch vom Eid befreiten Zeugen geschritten.

Der Anklagevertreter beantragte Nichtvereidigung von Henne, Hartung und Klaus wegen Mittäterschaft.

Ueber die Vereidigung des Zeugen Weider entspann sich zwischen dem Verteidiger und dem Anklagevertreter eine längere Debatte. Das Gericht beschloß, den Zeugen Weider ebenfalls zu vereidigen. Der Vors. begründete diesen Beschluß damit, daß Weider sich keiner strafbaren Handlung zuschulden kommen ließ und immer nur auf Befehl seines Vorgesetzten (des Angekl.) handelte.

Der Verteidiger beantragte dann die Zeugen Winkler und Langer ebenfalls nicht zu vereidigen. Winkler wegen Mittäterschaft und Langer wegen Unglaubwürdigkeit. Der Anklagevertreter widersprach auch diesem Antrag. Das Gericht beschloß, beide Zeugen zu vereidigen.

Sodann beantragte der Verteidiger, den Zeugen Henne zu beeidigen. Der Anklagevertreter trat dem entgegen, da Henne Führer der Matrosenkompagnie gewesen sei und die Besetzung des Riebeckplatzes angeordnet habe. Außerdem sei er für die Waffenausgabe verantwortlich zu machen. Das Gericht stellte sich jedoch auf den Standpunkt des Verteidigers und vereidigte den Zeugen Henne ebenfalls.

Anklagevertreter wie Verteidiger waren dann der Ansicht, daß Klaus einen Einbruch in das Bankhaus von Schweinsberg u. Schröder versucht hat. Sie beantragten daher gemeinsam, den Zeugen Klaus wie auch Hartung nicht zu vereidigen. Das Gericht beschloß demgemäß.

Der Zeuge Bäß wurde vereidigt.

Es wurden dann die beiden letzten Zeugen vernommen.

Zeuge Steinfelder bestritt die Aussagen Weiders, nach denen er mit der Leuchtpistole Zeichen für den Angriff der Matrosen hätte geben wollen. Er habe überhaupt keine Patronen für die Pistole besessen.

Zeuge Bode will an dem kritischen Tage beobachtet haben, wie aus dem „Wettiner Hof" bewaffnete Zivilisten nach der Artilleriekaserne marschierten.

Die Verhandlung wurde darauf vertagt.

Schwurgericht.

Die noch unbestrafte Hebamme Frau Anna Pötzsch hatte sich wegen Abtreibung der Leibesfrucht von drei Schwangeren zu verantworten. Sie soll dies gegen Entgelt getan haben. Nach Bejahung der Schuldfragen durch die Geschworenen wurde die Angeklagte zu 2 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Auf Anregung des Verteidigers beschlossen die Geschworenen ein Gnadengesuch zu befürworten.

Der ebenfalls noch unbestrafte Glaser Franz Bartholomäus hatte sich wegen Totschlags und unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten. Er hatte voriges Jahr eine Witwe mit zwei Kindern geheiratet. Der Vormund dieser Kinder war der Maurer Voigt, der der Frau dauernd nachstellte und nicht davor zurückschreckte, diese verleumderischerweise der Abtreibung zu bezichtigen. Acht Tage vor der Tat drohte Bartholomäus deshalb, seine Ehre mit allen Mitteln gegen Voigt zu verteidigen. Als B. in einer Nacht auf sein Feld ging, hörte er in seinem Hof den Hund anschlagen. Er ging sofort zurück und wurde plötzlich in dem dunklen Hof von Voigt, den er für einen Einbrecher hielt, angefallen und schwer bedroht. Er gab einen Schuß ab, der den Angreifer auf der Stelle tötete. Alle Zeugen gaben über Bartholomäus nur günstige Auskunft, während Voigt in einem nicht gerade günstigen Lichte erschien. Er soll auch einmal geäußert haben, daß er dem B. eins auswischen wolle. Der Angeklagte wurde nur wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Frage nach Totschlag wurde von den Geschworenen verneint.

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Auslieferung der Kriegsschuldigen.

Ein Genosse schreibt uns: Ueber obiges Thema schreibt das „Volksblatt" erschöpfend und behauptet, daß es eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes sei, die Kriegsverbrecher auszuliefern. Darüber kann man aber auch anderer Meinung sein. Was nützt es uns, wenn wir die sämtlichen von der Entente Verlangten ausliefern. Was nützt es unsern Gegnern, wenn sie diese Leute bestrafen? Gibt es nicht andere Mittel und Wege, die Auszuliefernden so zu treffen, wie sie es verdienen. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist das beste Objekt, welches uns gegeben ist, wirkliche Strafen an diesen Frevlern anzubringen. Ist es nicht eine gerechte Strafe, wenn man dieselben das wieder aufbauen läßt, was sie in ihrer blinden Wut zerstörten. Eine große Zahl von Arbeitern wird zum Wiederaufbau verlangt, nun gut, verteilt diese Leute unter die Arbeiter und laßt ihnen durch ihre eigenen Hände wieder mit aufbauen. Ist es vielleicht eine Strafe, wenn diese Edlen mit Verbannung oder Festung bestraft werden. Eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus, so wird es auch hier kommen. Am besten ist, man gibt ihnen Schippe und Hacke in die Hand. Damit wird ihnen besser und eindrücklicher vor Augen geführt, wie groß das Verbrechen ist, welches sie begangen haben. Unter die Kriegsschuldigen gehören nun aber nicht nur die Zerstörer, nein, auch die Kriegshetzer, welche von hinten das Feuer immer mehr schürten. Die alldeutsche Hetzclique und ihr ganzer Heimkriegerbiertischstrategenanhang müssen auch mit zum Wiederaufbau herangezogen werden, denn sie sind ebenso schuldig am Kriege, wie diejenigen, welche die Zerstörung leiteten.

Doch, an der Auslieferung ist dem „Volksblatt" gar nichts gelegen, würde die Regierung dazu übergehen, wäre ihm ja wieder ein wichtiges Agitationsmittel aus der Hand genommen. Diese Mittel braucht das „Volksblatt" und nicht nur das „Volksblatt", sondern die ganze U. S. P. Würden sie sich dazu verstehen, praktische Arbeit zu leisten, anstatt die Zerfleischung der Arbeiter zu betreiben, würden derartige Urteile, wie sie in Nr. 8 des „Volksblattes" angeführt werden, bald wegfallen. Der Hinweis auf die Urteile ist, wie der Artikelschreiber selbst zugibt, nur darum gemacht worden, um unsere Feinde aufmerksam zu machen, oder mit anderen Worten, Gestank zu verbreiten, und das deutsche Volk noch weiter ins Unglück zu stürzen. Wer die U. S. P.-Presse verfolgte, hat gelesen wie oft darin das deutsche Volk denunziert wurde. Mit allen erdenklichen Hinterhältigkeiten suchte die U. S. P. Deutschland bei unsern Feinden anzuschwärzen und Deutschlands Ehre in den Schmutz zu ziehen. Einer Partei, die so oft Deutschlands Ehre beschmutzte, steht es schlecht an, an die Ehrenpflicht des Volkes zu appellieren. Bequeme sich die U. S. P. dazu, praktische Arbeit zu leisten, lasse die U. S. P. die Beschimpfung und Aufhetzung der Arbeiter, sorge die U. S. P. dafür, daß die Arbeiter sich gegenseitig verständigen, dann wird auch das von ihnen so oft betonte Anwachsen der Reaktion unbedeutend sein. Solange die U. S. P. dies nicht tut, ist sie Förderin der Reaktion, damit gleichzeitig Förderin der von ihr so oft geschmähten Klassenjustiz. R.

Das Hochwasser der Saale.

Das Hochwasser scheint seinen Höhepunkt überschritten zu haben, denn vom Oberlauf wird langsames, durch das Frostwetter begünstigtes Zurückweichen der Fluten gemeldet. Die größte Gefahr ist damit beseitigt worden, denn das Wasser hatte schon die Scheitel wichtiger Dämme erreicht. Das Hochwasser stieg diesmal in wenigen Stunden über Meterhöhe und man kann hier mit Recht von einer Springflut reden. Trotzdem ist das Wasser noch beträchtlich hoch und das Saaletal bei Naumburg gleicht einem großen See, der bis nach Kösen reicht und sich weit in das Unstruttal hineinzieht. Der Eisenbahndamm zieht sich mitten durch die Fluten wie eine meilenlange Brücke. Desgleichen ist die Landschaft zwischen Merseburg und Ammendorf lückenlos überschwemmt. In den unteren Stadtteilen Merseburgs mußten Notbrücken gebaut werden. Desgleichen konnte bei Dürrenberg die größte Gefahr nur durch ununterbrochene Tätigkeit an den Dämmen abgehalten werden. Hoffentlich erreicht das noch zu erwartende Hochwasser nicht die gleiche Mächtigkeit.

Mücheln. Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten usw. hielt Sonntag eine öffentliche Versammlung zurückgekehrter Kriegsgefangener von Mücheln und Umgegend ab. Kamrad Dr. Elkar-Halle hielt einen Vortrag über Zweck und Ziele des Reichsbundes, und zeigte, was diese gewaltige, sich über das ganze Reich erstreckende Organisation schon erreicht hat. Die Versammelten spendeten den Ausführungen reichen Beifall. Eine von einem Mücheler Kameraden eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen. Danach soll die Regierung ersucht werden, mit Rücksicht auf die eingetretene Verteuerung aller Lebensmittel zu den Renten bestimmte Teuerungszulagen zu gewähren und die Rentensätze heraufzusetzen. Ferner den Kriegsbeschädigten zu der Winterbeihilfe eine Wirtschaftsbeihilfe in einem einmaligen größeren Betrage zu gewähren, und entsprechend der Zahl der in den einzelnen Betrieben beschäftigten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eine prozentuale Beteiligung dieser bei den künftigen Betriebsräten zu bestimmen.

Naumburg (Saale). Volkshochschule. Das neue Semester unserer blühenden Volkshochschule beginnt mit Rücksicht auf die verlängerten Schulferien am 20. Januar. Der Arbeitsplan kündet folgende Lehrgänge an. 1. Einführung in die philosophischen Probleme der Gegenwart (Prof. Dr. Paul Linke, Jena); 2. Naumburger Stadtgeschichte (Lehrer und Stadtarchivar Fr. Hoppe); 3. Theodor Storm und sein Werk (Frau Maria Pasche); 4. Englisch (Sem.-Oberlehrer Bahrenburg); 5. Französisch (Studienrat Dr. Kurth); 6. Gitarrespiel und Hausmusik (Max Löffler); 7. Zeichnen und Malen (Zeichenlehrer Zorn). Außerdem finden folgende Volkskunstabende statt: Meister Rembrandt (Prof. Dr. Ernst Borkowsky), Schubert-Liederabend. — Die Arbeiterschaft wird ganz besonders auf den Lehrgang des Prof. Dr. Linke hingewiesen, der jeden Freitag im Marienschulsaal stattfindet.

Roßleben. Gemeindevertretersitzung. Für die Stelle eines Baumwärters wurde Herr Gustav Müller gewählt, der einen jetzt beginnenden Kursus für Baumpflege besuchen wird. Zu den Kosten zahlt der Kreis und die Landwirtschaftskammer einen Zuschuß. Der Baumwärter soll nebenbei als Flurhüter fungieren, die Friedhofspflege und die Arbeiten der Gemeindearbeiter beaufsichtigen. Das Gehalt wurde auf 4000 Mk. pro Jahr festgesetzt. Auf ein Schreiben betr. Einrichtung einer Melde- und Zahlstelle der Krankenkasse in Roßleben hatte dieselbe ablehnend geantwortet. Der Kreisausschuß hat die Vorlage über die Grunderwerbsteuer genehmigt. Jedoch fehlt noch die Genehmigung des Regierungspräsidenten. Nachdem die Preise der elektr. Energie erhöht sind, konnte die Gemeinde mit dem bisherigen Wassergelde von 25 Pfg. pro Kubikmeter nicht auskommen. Da eine abermalige Erhöhung der Preise für die elektr. Energie in Aussicht steht, wurde der Preis für ein Kubikmeter Wasser auf 45 Pfg. festgesetzt. Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Sangerhausen. Tod durch Gasvergiftung. Durch ausströmende Gase aus der Grube erlitten die Jakobstraße 1 wohnende Frau Hecker und ihr Sohn eine schwere Gasvergiftung. Der im 25. Lebensjahre stehende Sohn Willy Hecker ist an der Vergiftung gestorben, während die Mutter schwer krank darniederliegt. Der Fall mag allen Grubenbesitzern zur Warnung dienen.

Aus aller Welt.

Berlin, 14. Januar. Schwere Störungen des Fernsprechverkehrs im In- und Ausland. Infolge der orkanartigen Stürme haben sich im inländischen Telegrammverkehr die Leitungsstörungen verschlimmert, so daß die meisten Verbindungen Berlins mit den größeren Aemtern im Westen und Südwesten des Reiches fehlen und große Telegrammverzögerungen sowie umfangreiche Versendungen der Telegramme mit der Post unvermeidlich geworden sind. Heute morgen lagen an den Leitungen für die großen Orte des Reiches vielfach Hunderte von Telegrammen noch nicht befördert. Im Auslandsverkehr machten sich die vermehrten Leitungsstörungen verstärkt geltend, besonders im Verkehr mit England, Holland, Frankreich, Schweiz, Italien, Oesterreich. Voraussichtlich wird sich jedoch die Lage heute etwas bessern. Im Fernsprechverkehr waren heute vormittag noch 110 Berliner Fernleitungen gestört. Keine Verbindung bestand mit Köln, Essen, München.

Berlin. Ein Sicherheitsbeamter erstochen. In der Nacht zum Mittwoch wurde im Stadtteil Neukölln ein Sicherheitsbeamter erstochen. Ob die Tat mit der Bewegung vom Dienstag nachmittag im Zusammenhang steht, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Vorgang spielte sich so ab, daß der Beamte, als er von seinem Dienst nach Hause zurückkehrte und vor seiner Haustür stand, mit einem Offizierstellvertreter und einem Gefreiten der Baltikumtruppen in ein Gespräch kam. Ohne jede Veranlassung stieß einer dieser beiden Soldaten unter den Worten: „Du Noskebruder, du Lump!" dem Beamten einen Dolch in die Brust, der sein Herz traf, so daß er sofort tot war.

Laurahütte, 15. Januar. Ueberfall durch Banditen. Gestern vormittag wurde der „Laurahütter Ztg." zufolge der Rechnungsführer der Theresienhütte von vier Banditen durch mehrere Schüsse getötet.

Köln, 15. Januar. Die Hochwassergefahr ist immer noch ernst. Der Rhein steigt weiter.

Wien, 15. Jan. Schweres Unwetter. Gestern wütete ein Orkan von außergewöhnlicher Heftigkeit hier. Zahlreiche Passanten wurden durch Windstöße zu Boden geworfen oder durch herabfallende Fensterscheiben, Mauerstücke und Dachziegel getroffen. Nach den letzten Meldungen hat das Unwetter auch zwei Todesopfer gefordert.

Paris, 15. Januar. Havas. 681 Menschen ertrunken. Auf dem untergegangenen Dampfer „Afrique" befanden sich 599 Personen, wovon 125 der Besatzung angehörten. Es konnten insgesamt nur 43 gerettet werden.

Literatur.

Von der „Gleichheit", Zeitschrift für die Frauen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist Nummer 43 erschienen. Der Leitartikel bringt Fortsetzung und Schluß von „Die neuen Frauenschulen" von Dr. Olga Essig. Dr. Flora Hochsinger beleuchtet in dem Aufsatz „Vom Wert des Geldes" die traurigen Verhältnisse in Oesterreich. Aus dem Feuilleton ist neben der Fortsetzung der historischen Artikelserie von Anna Blos noch ein schönes Gedicht von Karla Herr und ein Hinweis auf gute Weihnachtsbücher für Kinder und Erwachsene hervorzuheben.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Versorgung mit Lebensmitteln. In der Woche vom 19. bis 25. Januar 1920 können auf die Marke 19 der braunen Kartoffelkarte 3 Pfund Kartoffeln gekauft bezw. von Haushaltungen, Kranken- und sonstigen Anstalten und allen denjenigen, welche Wintervorrat besitzen, verbraucht werden. Der Einkauf darf nur in den Geschäften bewirkt werden, in denen die Anmeldung zur Kartoffelkundenliste erfolgt ist. Der Preis für das Pfund Kartoffeln beträgt 25 Pfennig. Der Verkauf erfolgt von Sonnabend bis einschließlich Mittwoch. Eine Nachlieferung von Kartoffeln am Donnerstag, Freitag und Sonnabend findet nicht statt. Die abgetrennten Abschnitte sind bis spätestens Donnerstag abzuliefern. — Zur Verteilung gelangen außerdem noch für jede Person eines Haushalts ¼ Pfund Grieß, ¼ Pfund Graupen, 100 Gramm Marmelade.

100 Gramm Margarine. In der Woche vom 19.—25. Januar 1920 werden auf den Abschnitt 6 der Fettkarte für jede Person eines Haushalts 100 Gramm Auslandsmargarine zum Preise von 1.45 Mark abgegeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Butterkundenliste bewirkt ist. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, den 26. Januar abzuliefern.

Kondensierte Milch. Auf Grund der Verordnung über den Verkehr und die Bewirtschaftung mit Milch vom 3. November 1917 wird hiermit folgendes angeordnet: 1. Auf die Milchkarten der Klasse IV wird für die Woche vom 19.—25. Januar gegen Abgabe der für diese Tage gültigen Milchkartenabschnitte ½ Pfund kondensierte Milch zum Preise von 3.50 Mark abgegeben. Der Verkauf erfolgt nur bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Gefäße sind mitzubringen. Die Milchkartenabschnitte sind zu Hunderten gebündelt bis spätestens Dienstag, den 27. Januar dem Stadternährungsamt, Abt. II, einzureichen. 2. Für Kinder vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre darf außer auf den Abschnitt 19 des Einkaufscheines für Molkerei-Erzeugnisse kondensierte Milch weiterhin nicht abgegeben werden. 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung ziehen die in § 16 der Verordnung vom 3. November 1917 festgesetzten Strafen des Gefängnisses bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zu 10 000 Mark nach sich. Auch kann die Entziehung der Berechtigung zum Milchhandel erfolgen.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 34 001—37 000 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 50 Pf. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Milchsüßspeise an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12—17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre in der Talamtschule, am Sonnabend, den 17. Januar 1920. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 72 501 bis 84 500 vormittags von 8—1 Uhr; sofern zum Haushalt Personen gehören, welche sich in der obengenannten Altersstufe befinden. Es können auf jeden Abschnitt U der besonderen Bezugsscheine für Kinder bis zu 12 Jahren, auf jeden Abschnitt S der besonderen Bezugsscheine für Jugendliche von 12—17 Jahren und auf jeden Abschnitt T der besonderen Bezugsscheine für alte Leute über 70 Jahre zwei Pakete Milchsüßspeise zum Preise von 55 Pfg. für das Paket abgegeben werden. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Lose und gepackte Suppen, Möhrenmehl sowie Ackerbohnen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß lose und gepackte Suppen, Möhrenmehl sowie Ackerbohnen in den Kleinhandelsgeschäften bis auf Widerruf freihändig zum Verkauf gelangen können. Diejenigen Kleinhändler, die mit ihren Vorräten geräumt haben, können sich einen Bezugsschein im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, I. Obergeschoß, 2. Saal links, in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr ausstellen lassen.

Grieß. Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Grieß am Sonnabend, den 17. und am Montag, den 19. Januar 1920, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Ausgabe neuer Seifenkarten. Die Ausgabe der neuen Seifenkarten findet in der Woche vom 19.—24. Januar zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in den städtischen Markenausgabestellen statt. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Die Inhaber der Lebensmittelscheine erhalten soviel Seifenkarten, als der Zahl der Haushaltsangehörigen entspricht. Die Seifenkarten sind bei Empfang nachzuzählen. Nachträgliche Reklamationen können nicht berücksichtigt werden.

Halle, den 16. Januar 1920. **Der Magistrat.**

Herrenzimmer
kauft man ganz besonders billig in der
„Raumkunst", Poststraße 8.

Achtung!
Täglicher Ankauf von Fellen jeder Art
zu höchsten Tagespreisen
Paul Günther, Graseweg 8
Geschäft für sachgemäße Zurichtung und Verarbeitung von Fellen.
Auch für Privatkundschaft. 212

Hand-
Leiterwagen
auch auf Teilzahlung
Friedrich Gronau,
Barfüßerstraße 16.

Echt Nordhäuser
Kautabak
Zigaretten, feiner Tabak, von 10 Pfg. an,
Zigarren, Zigarillos in grosser Auswahl.
Richard Hennicke,
Königstrasse 5.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 9 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200116-16/fragment/page=0006